

## Sachbeiträge (4)

Hans-Joachim Plötze

**Das Chemiedreieck im Bezirk Halle  
aus der Sicht des MfS**

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-  
heitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Halle der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Vorwort	5
Einleitung	7
1. Vorbemerkungen	8
1.1. Mitteldeutsche Chemieindustrie	9
Region Schkopau (Buna)	9
Region Bitterfeld (CKB)	10
Region Merseburg (Leuna)	11
1.2. Rolle und Struktur der Objektdienststellen	12
Aufbau, Aufgaben und Personal der Objektdienststellen	13
Arbeitsweise des MfS (aus der Sicht des AfNS)	14
Wechselbeziehungen MfS - SED	15
2. Situation in den Betrieben, Anlagenzustand und Umweltsituation	17
2.1. Kombinat VEB Chemische Werke Buna	30
Einschätzung Anfang 1987	30
2.2. VEB Chemiekombinat Bitterfeld	35
Situation in der Produktion von hochkonzentrierter Salpetersäure	35
2.3. Kombinat VEB Leunawerke "W. Ulbricht"	49
Zustand und Situation	49
3. Produktions-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeiter, Arbeitskräftesituation	55
3.1. Kombinat VEB Chemische Werke Buna	55
Aspekte der Arbeitskräftepolitik 1987	55
3.2. VEB Chemiekombinat Bitterfeld	56
Die tragischen Ereignisse 1980 / 1981	56
Die Situation im VEB Chemiekombinat Bitterfeld im Jahre 1987 aus der Sicht des MfS	82
Arbeits- und Lebensbedingungen bei der Produktion von hochkonzentrierter Salpetersäure im CKB	92
Aspekte der Arbeitskräftepolitik 1987 im VEB Chemiekombinat Bitterfeld im Zusammenhang mit militärischen Forschungsprojekten	93
Die Umweltsituation in Bitterfeld 1988	96
3.3. Kombinat VEB Leunawerke "W. Ulbricht"	110
Unkenntnis der Belastungen am Arbeitsplatz	110
4. Planungen, Instandhaltungen, Investitionen, Preise	113
Import und Export im Bereich der Chemieindustrie	113
4.1. Kombinat VEB Chemische Werke Buna	121
Das Investitions- und Rekonstruktionsgeschehen 1985 im Kombinat VEB Chemische Werke Buna	121
4.2. VEB Chemiekombinat Bitterfeld	130

Leistungs- und Effektivitätsentwicklung	130
Schwierigkeiten mit den Verdichterstationen für die Wasserstoffherstellung im VEB Chemiekombinat Bitterfeld im Februar 1987	135
Versuch des CKB-Generaldirektors, unmittelbar drohende große Gefahrenpotentiale durch Investitionen abzuwenden	142
Investitionsvorhaben im VEB Chemiekombinat Bitterfeld 1987	143
4.3. Kombinat VEB Leunawerke "W. Ulbricht"	148
Versuch einer Planmanipulation	148
5. Reaktionen auf die Situation	151
Kein Kommentar	151
5.1. Kombinat VEB Chemische Werke Buna	152
Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Investitionen im Buna-Kombinatsbetrieb Ammendorfer Plastwerk	153
Belegschaftsmeinungen im Bereich Acetaldehyd der Betriebsdirektion Elaste im Juni 1989	172
5.2. VEB Chemiekombinat Bitterfeld	173
Ein Direktor und NSW-Reisekader wird eingeschätzt ...	173
Reaktion von Beschäftigten des CKB auf die Berichterstattung zur 7. Tagung des ZK der SED	173
Ein weiteres Fernschreiben der OD CKB eine Woche später	177
5.3. Kombinat VEB Leunawerke "W. Ulbricht"	181
Reaktionen auf die Situation in der Abteilung Methanol im April 1979	181
6. Störfälle	184
Die 'vorbeugende schadensabwendende Arbeit' im Bezirk Halle und das aktuelle Geschehen	190
6.1. Kombinat VEB Chemische Werke Buna	195
Explosion eines 110-kV-Einphasenwandlers in der Schaltzentrale I 16 am 02.06.78 und Sammelschienenüberschlag am 08.08.78	195
6.2. VEB Chemiekombinat Bitterfeld	201
Dauernde Außerbetriebsetzung der Syntheseanlage Azo IV am 5. September 1986	201
Das Störgeschehen im Jahre 1987 im VEB Chemiekombinat Bitterfeld	205
6.3. Kombinat VEB Leunawerke "W. Ulbricht"	215
Bruch einer Stickstoff-Rohgasleitung	215
7. Resümees von Inoffiziellen Mitarbeitern	219
Abkürzungsverzeichnis	224
Literaturzusammenstellung	235
Danksagungen	245

## Vom Hörensagen

Vom Hörensagen wußte man einiges über die unhaltbaren Zustände und Vorgänge wie z. B. Havarien in den Großbetrieben der chemischen Industrie des ehemaligen Bezirkes Halle. Allerdings ließ sich vieles nicht quantifizieren und verschwand im diffusen Nebel zwischen Wissen, Nichtwissen und Nichtwissenwollen. Hinzu kam 1982 die „Anordnung zur Gewinnung, Bearbeitung und zum Schutz der Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt in der DDR“ vom 16.11.1982, für deren Kenntnisnahme ich eines Tages unterschreiben mußte und die ich später nie wieder einsehen konnte. Das Prinzip, statt Umweltschutz wirksame Verschleierung mit allen Mitteln, zog die bekannten Abfolgen an Geheimhaltungsstufen und fein limitierten Zugängen zu Informationen nach sich, VVS - VD - NfD. Nichtsdestotrotz kam einiges auf Umwegen allgemein zur Kenntnis, zum Beispiel, daß die chemischen Kombinate Buna und Bitterfeld ständig die Grenzwerte für die Einleitung von Abwasser in Saale bzw. Mulde überschritten, dafür horrenden Strafen zahlten, die ihnen zum Teil wieder erlassen wurden. Zumindest verschwanden diese Beträge im Staatshaushalt der DDR und wurden nie wieder gesehen, geschweige denn zum Bau von Kläranlagen verwendet. Bekannt war auch, daß die Stellvertreter der Räte der Bezirke für Umweltschutz nach „kaderpolitischen“ Kriterien besetzt wurden, die Personen mußten also an erster Stelle Gewähr für Sicherheit und Linientreue bieten. So erinnere ich mich an die plakative Aussage eines pensionierten Kollegen (ehemaliger Leiter des Wasserwerkes der Filmfabrik Wolfen): „Der N.N. (Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle) kann ein Glas Zöbiger Rübensaft nicht von Trinkwasser unterscheiden.“ Die damaligen Zustände in den Betrieben der chemischen Industrie haben auch viel zum Image der betroffenen Gebiete beigetragen, denn sie waren zum Teil so offensichtlich, daß mit einfachen Mitteln bereits gravierende Umweltverschmutzungen (entgegen bestehenden DDR-Gesetzen) nachgewiesen werden konnten. Nicht zuletzt deshalb hat sich das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ in der ersten Ausgabe der Schriftenreihen „Arche nova“ 1988 explizit mit Bitterfeld befaßt.

Ich selbst habe damals in einer Einrichtung (WWD Saale-Werra) gearbeitet, die einige Informationen über die Zustände in und um Bitterfeld, Leuna und Buna hätte haben sollen. Beim Lesen der vorliegenden Dokumentation wird deutlich, wie verantwortungslos im Sinne einer organisierten Verantwortungslosigkeit mit technischen und gesetzlichen Regelungen zum Schutze der Menschen und der Umwelt umgegangen wurde. Gleichzeitig wird

mit dem Mythos, „die da oben“ hätten ja nur nicht gewußt, wie schlimm es war, der sich zum Teil bis in die Nachwendezeit erhalten hat, Schluß gemacht. Ich kann nur hoffen, daß die vorliegenden Dokumente zur Ernüchterung und zur verklärungsfreien Darstellung der Zustände in der Chemieindustrie der DDR vor 1989 beitragen. Die damalige Realität, so wie sie sich in den Unterlagen des MfS widerspiegelt, sollte für die heutige Beurteilung der Produktions- und Lebensweise in der DDR unbedingt Berücksichtigung finden. Darin liegt auch das Verdienst der Autoren und Herausgeber, daß das vom Hörensagen bekannte durch Fakten und Dokumente gleichsam beleuchtet wird und jeder, der es wünscht, kann sich ein eigenes Bild von den damaligen Zuständen machen. In diesem Sinne wünsche ich der vorliegenden Publikation ein breites Publikum.

Mathias Weiland

ehemaliges Mitglied der Ökologischen Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle, die bis 1989 vom MfS im OV „Heide“ bearbeitet wurde

In dieser Publikation sollen die Dokumente für sich sprechen. Deshalb wird jeweils nur ein sehr kurzer Text mit Hinweisen auf Schwerpunkte und brenzlige Passagen den Aktenauszügen vorangestellt.

Die Qualität der Reproduktionen entspricht der Qualität der beim BStU vorliegenden Akten, bei denen es sich häufig um Kopien oder Schreibmaschinendurchschriften in schlechter Ausführung handelt. Wegen der Bedeutung des Inhaltes für den Gesamtzusammenhang wurde trotzdem nicht auf die Wiedergabe auch dieser Passagen verzichtet.

Soweit bekannt, sind die MfS-Akten die einzig zuverlässige Quelle, in der die Zustände unverfälscht dargestellt sind. Allerdings wäre der Eindruck falsch, wenn geschlußfolgert würde, daß das MfS allmächtig war. Die Entscheidungen wurden letztlich durch die SED-Führung getroffen. Meist waren keine sachlichen Erwägungen ausschlaggebend, sondern politische Interessen.

Das MfS war nicht, wie von manchen IM erwartet, die Institution, die die Veränderung der Verhältnisse bewirken konnte.

Die Aussagen werden im wesentlichen negativ ausfallen, da die Aktenlage nun einmal so ist - die positiven Aspekte konnte man seinerzeit im „Neuen Deutschland“ täglich lesen und brauchten deshalb vom MfS nicht wiederholt zu werden.

## 1. Vorbemerkungen

Die chemische Industrie im Bezirk Halle, insbesondere in der Region Merseburg - Halle - Bitterfeld, war ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor der früheren DDR. Hier wurden 1989 "knapp 50% der gesamten Bruttoproduktion der chemischen Industrie von rund 82.000 Arbeitskräften, was wiederum der Hälfte der Industriebeschäftigten der Region entspricht, erwirtschaftet." [54, S. 12]

Die Aussagen und Aktenkopien in dieser Broschüre beziehen sich auf diesen Landstrich und diesen Industriezweig. Sie sind keine Einzelbeispiele, sondern stellen den Allgemeinzustand dar: "Auffallend hoch war die Zahl der Reparaturarbeiter; ihr Anteil an den Produktionsarbeitern stieg branchenweit zwischen 1971 und 1989 von 25,6% auf 29,7% an, was auf die wachsende Reparaturanfälligkeit der zahlreichen Altanlagen hindeutet. Über 25% aller Gebäude und Anlagen der chemischen Industrie in der DDR wurden vor 1945 errichtet. Annähernd 50% der Grundmittel und weit mehr als die Hälfte der Ausrüstungen waren überaltert und verschlissen" [54, S.12]

Der Wichtigkeit dieser Region entsprach auch die Reaktion des MfS, hier drei Objektdienststellen einzurichten. Einige IM mögen mit dem Gedanken mit ihren Führungsoffizieren konspirativ zusammengearbeitet haben, dadurch wesentliche Änderungen erreichen zu können. Aber wie die vorliegenden Unterlagen zeigen, ist außer einer Berichterstattung an gleichgeordnete SED-Leitungen und übergeordnete MfS-Strukturen kaum etwas über diese Art der Zusammenarbeit erreicht worden. Nun war der inoffizielle Weg der einzige, den man als Kritiker gefahrlos beschreiten konnte, wenn man die Wahrheit benennen wollte, und im MfS ist deshalb auch der volle Umfang der DDR-Misere bekannt gewesen. Für den normalen DDR-Bürger war es weit schwieriger, sich ein Bild von der Lage zu machen. Er konnte nur aus den Erfahrungen seines Berufs- und Privatlebens schöpfen und auf die verborgene DDR-Wirklichkeit schließen.

Gilles, Hertle und Kädtler zitieren in ihrer Arbeit [56, S. 587] einen Artikel aus dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Berlin: "Standorte wie Bitterfeld 'hätten entsprechend den von der UNO empfohlenen Grenzwerten für Umweltbelastungen als nicht bewohnbar eingestuft werden müssen.'"

## 1.1. Mitteldeutsche Chemieindustrie

Die Anfänge der deutschen chemischen Industrie datieren um 1830. Flankierende wirtschaftsorganisatorische Maßnahmen in der Mitte des 19. Jahrhunderts unterstützten deren Entwicklung, so daß sie zu einem wesentlichen Faktor der industriellen Landschaft wurde; auch die chemische Theorie hatte bedeutende Fortschritte gemacht. Die Verarbeitung von Kohle zu neuen Produkten spielte in dieser Zeit eine große Rolle, günstige Standortbedingungen gab es u.a. im Raum Bitterfeld-Merseburg-Halle. Nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hatten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erneut verbessert, es kam verstärkt zur Gründung von Aktiengesellschaften [59, S. 16].

Die nachfolgenden Angaben zur Entwicklung der einzelnen Regionen entstammen den Literaturquellen [57, 58, 59, 60] ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

### Region Schkopau (Buna)

1936-38	Das Buna-Werk (anfängliche Bezeichnung: Ammoniakwerk Merseburg) zur Produktion von synthetischem Kautschuk wird errichtet (Grundsteinlegung am 25. April 1936)
14.01.37	Erste Synthesekautschuk-Anlage in Betrieb
März 37	Das Werk erhält den Namen Buna ( <b>But</b> adien - <b>Na</b> trium)
1938-1943	Errichtung von 8 Carbidöfen
1943	Beginn der Produktion von Essigsäure
11./12.44	Leichte Luftangriffe
12.04.45	Produktion im Werk wird stufenweise eingestellt
Juni 1945	Abzug der amerikanischen Truppen unter Mitnahme von 25 leitenden Mitarbeitern
04.07.45	Besetzung durch sowjetische Truppen
05.06.46	Übernahme des Werkes auf die Reparationsliste der UdSSR
1947-48	Forschungen Butadien-Polymerisation und Carbidproduktion
April 1948	Demontage von Betriebsteilen
Juni 1949	Wiedereröffnung des Werksschwimmbades
1952-53	Bau des Buna-Klubhauses
1953	Gründung der Buna-AWG, Buna-Siedlung am Rosengarten

---

01.01.54	Buna wird deutscher VEB (vorher SDAG)
April 1955	Eröffnung der Ladenstraße
1961-63	Neue Carbidfabrik
1966	Herstellung von Tieftemperaturkautschuk aus sowj. Erdöl
01.01.70	Buna wird Kombinat
1970	Produktion von 1,4-cis-Polybutadien, Polyacrylat, Polyethylen
1973-74	Rekonstruktion der Carbidöfen
1976	Intensivierung der Polyethylen-Produktion
1980	Neuer moderner Chlor-VC-PVC-Anlagenkomplex
1980	In Buna wird 10% der DDR-Chemieproduktion erzeugt
1980-85	Bedeutende Rationalisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen
1986	Inbetriebnahme der biologischen Abwasseraufbereitung
1988	Anwendung des Gasphasenverfahrens bei Polyethylen
1989	Inbetriebnahme der modernsten Kautschukaufarbeitung Europas

### Region Bitterfeld (CKB)

1876	Farbenfabrik Hochstetter & Bause
1893	Elektrochemische Werke Berlin GmbH
1895-96	Erste Farbenfabrik der Firma AGFA
1899	Phosphorbetrieb
1903	Anlagen für Chlorbenzol bzw. Monochloressigsäure
1907	Chlorverbundleitung
1909	Filmfabrik, Magnesiumlegierung Elektron
1911	Produktion von verflüssigtem Chlor, Salz-, Ameisen- und Salpetersäure
1922	2. Ausbaustufe der Filmfabrik
1923	Umstellung der Chloralkalielektrolyse auf Quecksilberzellen
1938	Anlage zur PVC-Erzeugung
1952	Übergabe der Betriebe an die DDR unter dem Namen VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld

---



---

1954	Filmfabrik wird VEB
1955	Produktion von Spritzhornit und DDT, Förderung von Bernstein
1969	Bildung des VEB Chemiekombinat Bitterfeld (CKB)
01.11.89	SED- und Gewerkschaftsführung und später die Generaldirektoren verlassen ihre Positionen

### Region Merseburg (Leuna)

28.04.16	Verlegung des Eisenbahnanschlusses
01.05.16	Beginn der Vermessungsarbeiten
25.05.16	Feierlicher Spatenstich für den neuen BASF-Betrieb
Dez. 16	Vertrag über die zweite Ausbaustufe
27.04.17	Erster Ammoniak-Hochdruckofen angefahren
29.04.17	Erstes Produkt verließ das Werk: Ammoniak
Ende 17	Abschluß der ersten Ausbaustufe
11.06.18	Beschluß über dritte Ausbaustufe
Aug. 18	Beginn der dritten Ausbaustufe
Feb. 19	Erste Anlagen der zweiten Ausbaustufe in Betrieb
Dez. 20	Leunawerk wird selbständige GmbH
1922	Dritte Ausbaustufe fertiggestellt, vierte begonnen
01.07.23	Neue Methanolsyntheseanlage in Betrieb
02.12.25	BASF wird Bestandteil der IG Farbenindustrie AG
1926	Vorbereitung der Kohlehydrierung (Treib- und Schmierstoffe)
01.11.26	Baubeginn einer Großversuchsanlage für Benzinherstellung
Apr. 27	Erzeugung des ersten Benzins in dieser Anlage
14.07.31	Zweite Ammoniakfabrik wurde wegen der Weltwirtschaftskrise stillgelegt
1934/35	Vorbereitung der Produktion von Flugzeugbenzin
1938	Versuchsverfahren zur Caprolactamherstellung
1940	Neue Anlagen für Flugbenzin und Caprolactam
1943	Versuchsanlage für schweres Wasser
1944	Produktion von Spezialbenzin für Flugturbinen

---

12.05.44	Erster Luftangriff
04.04.45	Letzter Luftangriff (80% des Werkes sind zerstört)
1947	Wiederaufbau
1949	Aufnahme der Harnstoffproduktion
01.01.54	Leuna wurde wieder deutscher Betrieb (vorher SDAG)
1955	Verarbeitung sowjetischen Erdöls
08.10.59	Erster Spatenstich zum Werk II (Petrolchemie)
1964	Neue Harnstoffabrik

### 1.2. Rolle und Struktur der Objektdienststellen

Im Bezirk Halle gab es drei Objektdienststellen (OD) für die großen Chemiestandorte: die Objektdienststelle Buna für das Kombinat VEB Chemische Werke Buna, die Objektdienststelle CKB für den VEB Chemiekombinat Bitterfeld (Bildung gemäß Befehl 27/77 vom 29.12.77, VVS-MfS 008-10/79 [55, S. 11]) und die Objektdienststelle Leuna für das Kombinat VEB Leunawerke "Walter Ulbricht". Sie waren für alle Angelegenheiten, die diese Wirtschaftseinheiten betrafen, zuständig, also nicht die territorial orientierten Kreisdienststellen des MfS.

#### Aufbau, Aufgaben und Personal der Objektdienststellen

Die Strukturen der drei Objektdienststellen im Bezirk Halle ähnelten sich sehr, sie bestanden aus einem Leitungs- und Verwaltungsbereich, vier Referaten und einer 'militärischen Sicherungsgruppe'. Bei den Referaten gab es geringfügige Unterschiede. Alle OD hatten die Referate 'Auswertung und Information' und 'Produktions- und Anlagensicherheit'. Darüber hinaus gab es in der OD Buna die Referate 'Politische Untergrundtätigkeit' und 'Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen', in der OD CKB die Referate 'Sicherung Forschung und Außenwirtschaftsbeziehungen' und 'Politische Untergrundtätigkeit' und in der OD Leuna die Referate 'Sicherung Forschung und Entwicklung' und 'Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen'.

Zu den Aufgaben der Objektdienststellen trifft die Schautafel des Informations- und Dokumentationszentrums der BStU-Außenstelle Halle zum Themenkomplex 15 folgende Aussagen [52]:

- „1. Vorbeugende Verhinderung von feindlich-negativen Angriffen auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen;
2. Vorbeugende Verhinderung, rechtzeitige Aufdeckung sowie Bekämpfung subversiver Angriffe des Gegners;
3. Vorbeugende Verhinderung von Störungen und Bränden sowie subversiver Angriffe im Bereich Produktion;
4. Vorbeugende Sicherung und Aufklärung von Erscheinungsformen und Aktivitäten des politischen Untergrundes und der feindlichen Kontaktpolitik und Kontakttätigkeit.

Im Rahmen der „komplexen Spionageabwehr“ wurden die Wirtschaftsbeziehungen zu Firmen im „Nichtsozialistischen Ausland“ besonders überwacht. Über diese Partnerfirmen wurden umfangreiche Dossiers angelegt und eingereiste Firmenvertreter teilweise rund um die Uhr beobachtet. Die Objektdienststellen überprüften sehr genau alle Betriebsangehörigen, die in diesem Bereich arbeiteten, und nahmen Einfluß auf Personalentscheidungen der Betriebe und Kombinate. Sie bemühten sich um eine „extrem dichte Durchsetzung“ der Betriebsabteilungen für Reise- und Auslandskader mit IM. Diese IM überwachten die Mitarbeiter der Betriebe bei Auslandsreisen und hatten hierzu nach der Rückkehr durch „Sofortberichterstattung einen lückenlosen Nachweis zu Aufenthaltsfragen“ zu erbringen.

Unter den etwa 100 Reisekadern der Chemischen Werke Buna führte die Objektdienststelle mehr als 50 IM; von den neun Hauptreisekadern waren sieben zugleich als IM tätig.

1989 führten die 118 hauptamtlichen Mitarbeiter der drei Objektdienststellen 652 IM/GMS.“

In den drei Objektdienststellen waren durchschnittlich ca. 26 % der nach außen wirkenden Mitarbeiter (also ohne Leitungs- und Verwaltungsbereich und 'militärische Sicherungsgruppe') für das Referat 'Produktions- und Anlagensicherheit' tätig, was die offensichtliche Notwendigkeit dieses Referates aufgrund der jeweiligen betrieblichen Situation unterstreicht.

Von der strukturellen Einordnung her waren die Objektdienststellen mit Kreisdienststellen vergleichbar, die nicht territorial, sondern innerbetrieblich wirksam waren; außerdem waren sie wie die Kreisdienststellen disziplinarisch der Bezirksverwaltung unterstellt. Diese Einordnung bietet sich auch an, wenn man die Mitarbeiterzahlen (bei der Ermittlung der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl blieb die KD Halle mit ihrer extrem aus dem Rahmen fallenden Mitarbeiterzahl von 90 unberücksichtigt) und die operativen Aktivitäten betrachtet (Stand August 1989):

	Durchschn.	Buna	Leuna	CKB
op. Mitarbeiter	40	40	43	34
op. Mitarbeiter mit IM	19	21	20	13
IM	206	218	181	120
OV	6	11	3	1
OPK	26	32	22	13

[49]

Die fachliche Anleitung der Objektdienststellen erfolgte durch die Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) des MfS in Berlin.

### Arbeitsweise des MfS (aus der Sicht des AfNS)

“Für die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit existierten außer dem Gesetz über die Bildung des MfS vom 8.2.1950 keine weiteren Gesetze, die die spezifischen Aufgaben, Rechte und Befugnisse auf dem Gebiet der geheimdienstlichen Arbeit regelten.

Die Volkskammer der DDR ging bei der Beschlußfassung über die Bildung des MfS davon aus, daß die Tätigkeit dieses Ministeriums überwiegend konspirative Arbeitsmethoden einschließt, so daß eine das Gesetz präzisierende Ausgestaltung der Rechte, Befugnisse und Arbeitsweisen ausschließlich in die Befehlsgebung des Ministers für Staatssicherheit gelegt wurde.

...

Dominierend und in jedem Fall für die Mitarbeiter des MfS verbindlich waren jedoch die bestehenden Befehle und Weisungen des Ministers für Staatssicherheit, die auf Grund der o. g. rechtlichen Konstellation gewissermaßen an Stelle fehlender Gesetze traten.

...

Das System der Befehle und Weisungen des Ministers für Staatssicherheit umfaßte im wesentlichen alle Gebiete der Arbeit des MfS ... Die seit Bestehen des MfS praktizierte Form der zentralen Führung aller Prozesse nach den Prinzipien der militärischen Einzelleitung war zugleich verbunden ... die unbedingte und abstrichslose Durchführung aller Befehle allseitig abzusichern.

...

Eine eigenmächtige, von zentralen Weisungen abweichende oder diese einschränkende Festlegung zu Aufgaben, Mitteln und Methoden war dem Minister nachgeordneten Leitungsebenen nicht gestattet.

...“ [49]

Selbst den Verfassern dieses Auskunftsberichtes, die zuvor hauptamtliche Mitarbeiter des MfS gewesen waren, war bewußt, daß sie während ihrer gesamten Wirksamkeit in einem rechtsfreien Raum gehandelt hatten und daß es für ihr Tun keinerlei Legitimation gab. Z.B. das Auslösen von Postkontrollen, das Abhören von Gesprächen mit Wanzen und das ‘konspirative’ Durchsuchen von Wohnungen, was von einem einfachen Mitarbeiter des MfS beantragt werden konnte, waren illegal. Das war den Mitarbeitern auch klar, denn auf diesem Wege beschaffte Informationen wurden nur in Ausnahmefällen in Strafverfahren verwendet. Alle diese Machenschaften gegen die eigene Bevölkerung entstammten Ideen des jeweiligen Ministers für Staatssicherheit und wurden von seinen Mitarbeitern entsprechend ausgestaltet.

### Wechselbeziehungen MfS - SED

In einer MfS-Dienststelle kamen alle relevanten wirtschaftlichen und politischen Hinweise aus dem ‘Verantwortungsbereich’ zusammen und wurden zu Informationen und Berichten verdichtet. Diese erhielten:

- die SED-Leitung der gleichen Ebene (also von der BV Halle des MfS die SED-Bezirksleitung Halle, von der OD CKB die SED-Industriekreisleitung Bitterfeld)
- die übergeordnete Dienstseinheit des MfS (von der BV Halle das MfS Berlin, von der OD CKB die BV Halle).

Die Berichte erreichten die jeweilige SED-Leitung meist an dem Tage, an dem sie verfaßt bzw. datiert wurden. Das MfS erwartete, daß sie wieder zurückgesandt wurden, was in der Regel auch erfolgte. Auf dem ersten Blatt der MfS-Ausarbeitungen befand sich eine entsprechende gedruckte Aufforderung (“Streng vertraulich! Um Rückgabe wird gebeten!"). Daraus läßt sich ableiten, daß die SED-Sekretäre keine Kopien anfertigen durften. Daß der angesprochene 1. SED-Sekretär die Schriftstücke gelesen hatte, belegen die mit dem Datum der Einsichtnahme versehenen Namenskürzel auf der ersten Seite.

An einem Beispiel im Abschnitt 2.2. (Situation in der Produktion von hochkonzentrierter Salpetersäure im CKB) läßt sich der Weg eines Berichtes gut verfolgen. Am 16.06.87 wurde die neunseitige “Information über beste-



hende akute Gefährdungen bei der Produktion hochkonzentrierter Salpetersäure im VEB Chemiekombinat Bitterfeld“ [17, S. 1] von der OD CKB verfaßt. Auf dem Titelblatt wurde der Vermerk “PI“ (d.h. Parteiinformation) handschriftlich aufgebracht, der Bericht gelangte also zur Industriekreisleitung der SED in Bitterfeld. Ein zweites Exemplar wurde an die BV Halle übergeben, die daraus ihrerseits am 26.06.87 einen nur noch dreiseitigen Bericht mit identischem Titel fertigte [33]. Dieser wiederum gelangte am gleichen Tage zur SED-Bezirksleitung, ersichtlich am Namenskürzel des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Hans-Joachim Böhme. Ob die SED-Industriekreisleitung aus der OD-Information auch einen Bericht für die SED-Bezirksleitung gefertigt hat, läßt sich aus dem zur Verfügung stehenden Material nicht erkennen.

Zwischen der Bezirksleitung der SED, Abteilung für Sicherheitsfragen, und der Bezirksverwaltung des MfS bestand offensichtlich ein herzlicher Kontakt, wie an der vertraulichen Anrede “Lieber Heinz!“ zu sehen ist. Bei “Heinz“ handelte es sich immerhin um den Leiter der Bezirksverwaltung Halle des MfS. [18, S. 1].

Auf vielen Informationen und Berichten der BV Halle sind handschriftliche Anmerkungen enthalten, die mit dem Namen ‘Gen. W. Deumer’ beginnen und den Inhalt bekräftigen oder ergänzen. Der Schrift nach zu urteilen stammen sie vom 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, Hans-Joachim Böhme. Im Abschnitt 4.2. (Schwierigkeiten mit den Verdichterstationen für die Wasserstoffherstellung im VEB Chemiekombinat Bitterfeld im Februar 1987), in dem es um den Ersatz verschlissener Verdichter geht, ist auf der ersten Seite der “Information über Gefahrensituation der DDR-Volkswirtschaft bei der Versorgung mit Wasserstoff durch das CKB“ [5] folgende energische Forderung zu lesen:

“Gen. W. Deumer

Wieviel Schreiben muß  
das CKB noch an  
Komb. Pumpen u. Verd.  
richten?“ [5, S. 1]

Gen. W. Deumer war (1987) Mitglied der Bezirksleitung der SED und dort Sekretär für Wirtschaft und damit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung Hans-Joachim Böhme direkt unterstellt.

## 2. Situation in den Betrieben, Anlagenzustand und Umweltsituation

Anlagenzustand und Umweltsituation waren in der DDR eigentlich zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Mit dem ständig stärker werdenden Verfall der überkommenen Wirtschaftssubstanz vergrößerten sich die Umweltprobleme; sie waren auch immer offensichtlicher und nicht mehr zu bagatellisieren.

Als Sofortmaßnahme in diesem Dilemma wurden die Umweltdaten unter Verschluß genommen. Das war eine durchaus nicht selten praktizierte Methode (Nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl wurden beispielsweise auch alle in der Industrie zu Materialprüfungszwecken verwendeten Strahlungsmeßgeräte eingezogen, um individuelle und damit nicht kontrollierbare Meßmöglichkeiten zu verhindern).

Doch wer wachen Auges durch die Welt ging, konnte die katastrophale Situation überall sehen: Die Dächer der Häuser von Schkopau (der kleine Ort lag in unmittelbarer Nähe des Kombinates VEB Chemische Werke Buna mit seiner umfangreichen Carbidproduktion) hatten keine Ziegelfarbe mehr, sondern waren grau und in Bitterfeld konnte man keine Wäsche im Freien aufhängen.

Auch hatten alle Kombinate im Bezirk Halle ihren eigenen, unverwechselbaren, intensiven produktionsabhängigen Geruch.

In einer “Einschätzung zum Stand der OPK-Durchführung, Wirksamkeit der operativen Kräfte und Mittel sowie Ergebnisse der vorbeugenden Arbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes“ [9] vom 25. September 1986 für den Bezirk Halle kam die Abt. XVIII der BV Halle in den ersten Sätzen zu dem Resultat: “Der Bezirk Halle gehört neben den Bezirken Cottbus und Leipzig zu den Bezirken mit den höchsten Umweltbelastungen in der Republik. Die komplizierte Umweltsituation im Bezirk Halle wird durch objektive Gründe (Produktion in Altanlagen, fehlende Investitionen, Beschaffenheit der Rohstoffe) gekennzeichnet und durch Störungen und Havarien sowie subjektives Fehlverhalten staatlicher Leiter und Werktätiger (Fahrweise der Anlagen, Nichteinhaltung der Grenzwerte, Nichtwahrnehmung der Verantwortung und fehlendes Engagement) weiter verschärft. Territoriale Schwerpunkte sind dabei die Räume: Merseburg, Halle, Bitterfeld, ...“ [9, S.1]. Vor der Wende hätte man einen solchen klaren Satz im Zentralorgan der SED “Neues Deutschland“ oder in der Halleschen Bezirkszeitung der SED “Freiheit“ nicht finden können.

Der Umweltschutz spielte in der DDR eher eine propagandistische Rolle, "Umweltprobleme" waren dem Sozialismus "systemfremd". Wer sich aktiv aus eigenen Motiven und Überzeugungen engagierte, war zumindest verdächtig. Verbindungen zu kirchlichen Kreisen oder gar zum Westen verstärkten den Verdacht wesentlich. In besagter Einschätzung kam die Abteilung XVIII der BV Halle u.a. zu dem Schluß, "... daß klerikale Kreise weiterhin bestrebt sind, über die Diskussion zu Problemen des Umweltschutzes ihr pazifistisches Gedankengut zu verbreiten.

Weitere Ansatzpunkte für den Mißbrauch der Umweltproblematik durch den Gegner werden mit Mängeln in der Leitungstätigkeit und bei der Durchsetzung des Geheimnisschutzes in Bereichen des Umweltschutzes gesetzt." [9, S. 3, 4].

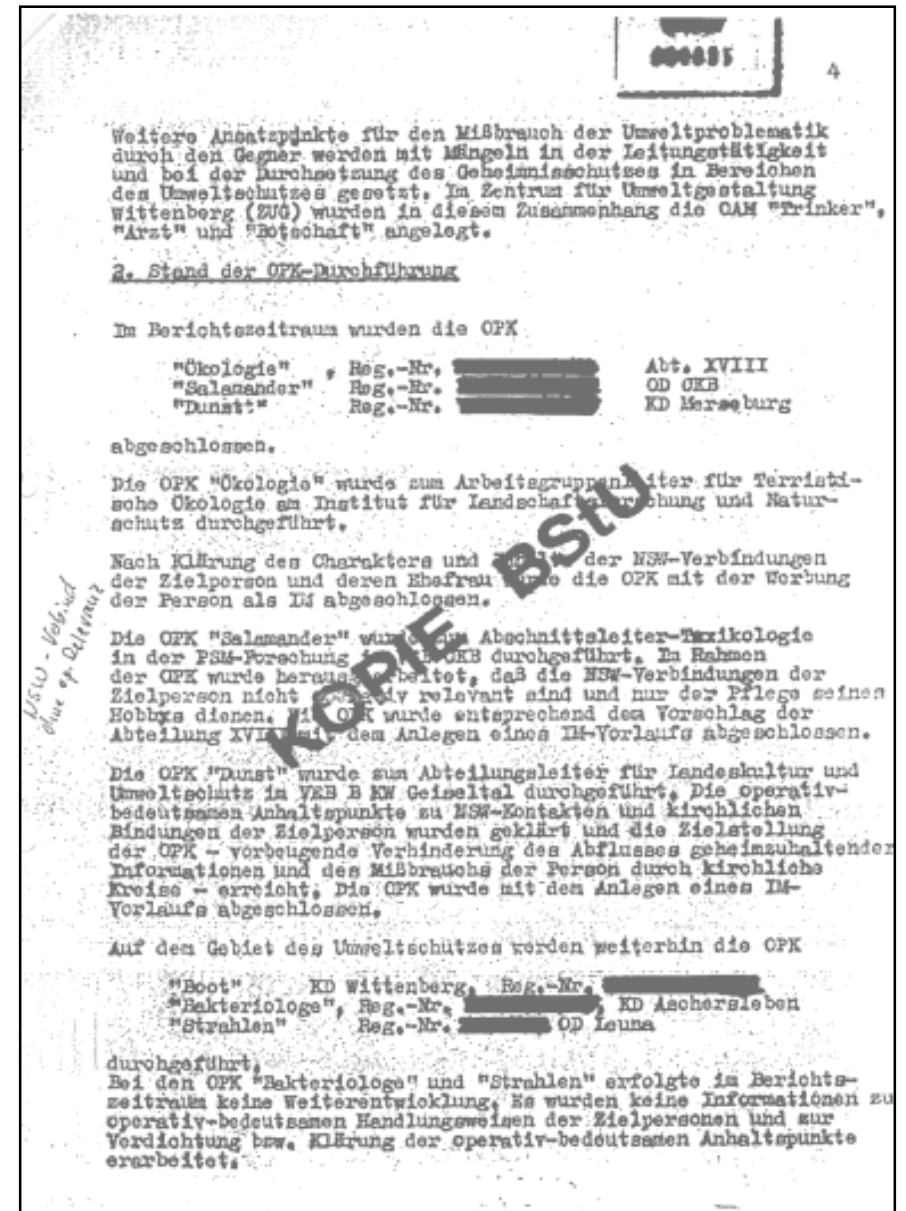
Auf den Seiten 4-9 der "Einschätzung" finden sich Aussagen zu

- Einleitung und Durchführung von OPK
- Tätigkeit Inoffizieller Mitarbeiter (IM) und Kontaktpersonen
- Ergebnisse der Tätigkeit

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Verhalten des MfS zu Mitarbeitern im Umweltschutz: "Auf Grund vorliegender Unsicherheitsfaktoren wurde der Abteilungsleiter Umweltschutz und Wasserwirtschaft und Stellvertreter des Vorsitzenden beim Rat des Bezirkes ... /CDU in Koordinierung mit anderen DE des MfS im Rahmen der Kommunalwahlen 1986 und der Neuverteilung der Ressorts aus dieser Funktion herausgelöst. Zu dem jetzigen Abteilungsleiter ... (DBD) besteht seitens unserer DE ein vertrauensvoller Kontakt, ..." [9, S. 7]. Wichtig war also lediglich der Sicherheitsaspekt, Qualifikationsfragen waren nicht einmal auch nur einer Erwähnung wert. Wenn an anderen Stellen in MfS-Unterlagen von Leitungsmängeln und fehlerhaften Handlungen durch staatliche Leiter die Rede ist, findet man in der Regel keine Hinweise über 'Herauslösungen'.

- Politisch-operative Schlußfolgerungen

Die Seiten 4 bis 9 der "Einschätzung" folgen unmittelbar diesen Ausführungen.



Einschätzung ... der vorbeugenden Arbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes [9, S. 4 - 9]



5

Die OPK "Boot" wird in Zusammenarbeit zwischen der KD Wittenberg und Abteilung XI realisiert. Eine Einbeziehung der Abteilung XVIII erfolgt nur, wenn operativ-bedeutende Informationen zu Angriffen gegen die Volkswirtschaft erarbeitet werden.

Durch die KD Eisleben wurde 5/86 die OPK "Forderung", Reg.-Nr. VIII eingeleitet. Die OPK wird zum Technologen der Deutschen Reichsbahn im BSW Rühligen durchgeführt. Die Zielperson der OPK drohte mit Eingaben an den Staatsrat der DDR wegen der Staub- und Lärmbelastung durch das IGW Amsdorf. Die Zielperson war bereits 2/84 mit einer solchen Staatsratsanfrage in Erscheinung getreten. Bei einer Zahlung von 500,- M Entschädigung im Jahr, will die Person von einer Eingabe absehen. Zur Erhaltung seiner Forderung hat sich die unter OPK gestellte Person eine Dokumentation angefertigt und 2 Ärzte konsultiert, von denen einer inzwischen in die BRD übersiedelt ist.

Die Zielstellung der OPK besteht in der Klärung der Motive, der Zielperson für die Sammlung von Informationen zu den Umweltbelastungen im Raum Rühligen, die Aufklärung seiner Verbindungen in die BRD und in der DDR und die Verhinderung des Mißbrauchs durch feindlich-negative Kräfte.

Durch die KD Wittenberg erfolgte eine Konzentration der operativen Kräfte und Mittel schwerpunktorientiert auf die Bereiche

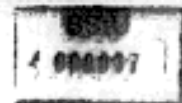
- Zentrum für Umweltgestaltung (ZUG)
- Umweltschutz im VEB Kombinat Agrochemie

zum Erkennen und Zurückdrängen der Aktivitäten klerikaler Kräfte in diesen Bereichen. Durch den zielgerichteten Einsatz der vorhandenen IM wurden im ZUG die OAM "Trinker", "Arzt" und "Botschaft" entwickelt.

Zu der im OAM "Trinker" bearbeiteten Person liegen Hinweise vor, daß diese durch herausgearbeitete Verhaltensweisen (übermäßiger Alkoholgenuß, häufige Gaststättenbesuche, ständige Geldnot) eine Gefährdung der Geheimhaltung darstellt und im Blickpunkt des Gegners stehen könnte.

Im OAM "Arzt" werden Hinweise zu konspirierten NSB-Verbindungen einer Person, die Geheimnisträger ist, überprüft.

Zu der im OAM "Botschaft" bearbeiteten Person liegen Hinweise der Abteilung II zu Verbindungen zu operativ-bearbeiteten Personen französischer Staatsbürgerschaft und zu operativ-bedeutenden Verhaltensweisen im Arbeitsbereich (Versuche des Verschleierns des tatsächlichen Intelligenzgrades, gesteigertes Interesse an Informationen geheimhaltenden Charakters) vor.



6

Insgesamt muß eingeschätzt werden, daß der Bestand an OPK auf dem Gebiet des Umweltschutzes nicht der ökonomischen Bedeutung des Bezirkes, den vorhandenen Umweltproblemen und den gegnerischen Aktivitäten gegen die Umweltpolitik der Partei entspricht.

Auf der Grundlage einer der Bedeutung entsprechenden Einordnung des Umweltschutzes in die Gesamtaufgabenstellungen der KD/OD, einer zielstrebig organisierten, auf den Schwerpunktprinzip beruhenden politisch-operativen Grundlagenarbeit sowie einer verstärkten Einbeziehung der Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens ist die operative Materialentwicklung und -bearbeitung in den Bereichen des Umweltschutzes durch die KD/OD zu qualifizieren.

### 3. Wirksamkeit der Kräfte und Mittel

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes werden durch die Abt. XVIII 3 IMS und 1 Kontaktperson eingesetzt.

- IMS "Klaus", Reg.-Nr. VIII 1552/82, Abt. Umweltschutz im CKB
- IMS "Uwe Schütz", Reg.-Nr. VIII 2159/83, Bereich Umweltschutz beim Rat des Bezirkes
- IMS "Langner", Reg.-Nr. VIII 2950/84, Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz

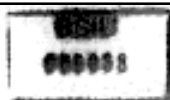
Der IMS "Klaus"/XVIII/5 ist in der Abteilung Umweltschutz des VEB CKB tätig und wird vorrangig zur Deckung des Informationsbedarfes zu Umweltproblemen im Kombinat und im Territorium Bitterfeld eingesetzt.

Reserven bestehen in der Herausarbeitung der Verantwortlichkeiten für Umweltschädigungen sowie in der offensiven Einflüsse auf die Beseitigung der Ursachen. Dazu muß eine engere Koordinierung mit der OD CKB erfolgen.

Der IMS "Uwe Schütz"/XVIII/2 wird zur Deckung des Informationsbedarfes zu Umweltdaten und -problemen aus der Sicht des Bezirkes über zentrale Beschlüsse und Entscheidungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und zur operativen Durchdringung des Bereiches Umweltschutz beim Rat des Bezirkes eingesetzt.

Der IMS "Langner"/XVIII/2 wurde 6 /86 aus der OPK "Ökologie" heraus geworben. Er wird zur politisch-operativen Sicherung des Schwerpunktgebietes - Terrestrische Ökologie am Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz eingesetzt.





7

1986 wurde beim Rat des Bezirkes Halle entsprechend dem Beschluß des Ministerrates von 30. 1. 1985 eine staatliche Umweltschutzinspektion (STUI) gegründet. Der Leiter der Umweltschutzinspektion wird durch die Abteilung XVIII/2 als Kontaktperson gemitt. Für 1987 ist in diesem Bereich die Werbung eines IM vorgesehen. In der Umweltschutzinspektion besteht ein großes Informationsaufkommen zu den konkreten Umweltbelastungen und deren Ursachen. Der Schwerpunkt des IM-Einsatzes besteht darin in der Gewährleistung einer hohen Kadernsicherheit in diesem Bereich.

Auf Grund der Überwiegend nur sporadischen Informationsarbeit zu Umweltproblemen sowie der geringen Anzahl und Qualität der operativen Materialien auf der Linie XVIII ist es unbedingt erforderlich, die Arbeit mittels IM/GMS zu qualifizieren und deren Wirksamkeit zu erhöhen.

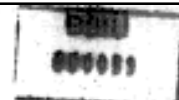
#### 4. Ergebnisse der vorbeugenden Arbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes

In Zusammenhang mit der Bildung der staatlichen Umweltschutzinspektion beim Rat des Bezirkes Halle wurden zur Gewährleistung einer hohen Kadernsicherheit und des Geheimnisschutzes zu 12 Personen Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt. Im Ergebnis dieser Sicherheitsüberprüfungen konnten 9 Personen für den Einsatz in der STUI (VS-Verpflichtung) bestätigt werden, 3 Personen wurden abgelehnt.

Auf Grund vorliegender Unsicherheitsfaktoren wurde der Abteilungsleiter Umweltschutz und Wasserwirtschaft und Stellvertreter des Vorsitzenden beim Rat des Bezirkes Dr. Planert/GMS in Koordination mit anderen IM des MfS im Rahmen der Kommunalwahlen 1986 und der Neuverteilung der Ressorts aus dieser Funktion herausgelöst. Da dem jetzigen Abteilungsleiter Bill (DSD) besteht mittels unserer IM ein vertrauensvoller Kontakt, der sich positiv auf die vorbeugende schadensverhütende Arbeit auswirkt.

Im Berichtszeitraum wurden in Zusammenhang mit Eingaben von Bürgern zu Umweltproblemen durch IM und KP aus dem Rat des Bezirkes, Bereich Umweltschutz und der STUI Inspektionen vor Ort durchgeführt, Auflagen zur Beseitigung der Umweltbelastungen und Hinweise zur Fahrweise der Anlagen erteilt, insbesondere in Zusammenhang mit

- mehreren Eingaben von Bürgern zu Chloraustritten des Ammendorfer Plastwerkes 4/86,
- Staubbelastrung durch das Kraftwerk "R. Breitscheid" in Halle-Trotha 1/86
- unsachgemäßen Transport und Lagerung von Abprodukten der Kupfer-Silber-Mitte 12/85.



8

In Prozeß des politisch-operativen Zusammenwirkens konnten durch den offensiven Einsatz von IM und Kontaktpersonen in der Abteilung Umweltschutz und Wasserwirtschaft beim Rat des Bezirkes bei Gesprächen mit Bürgern im Rahmen der Eingabenbearbeitung negative politische Auswirkungen vorbeugend verhindert werden.

Weitere vorbeugende politisch-operative Maßnahmen wurden in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen DE zur Absicherung des Besuches der Delegation der Bundestagsfraktion der Grünen sowie der begleitenden Vertreter westlicher Massenmedien 9/86 im Bezirk Halle - Staatl. Forstbetrieb Dübau und Kraftwerk Veckerode - eingeleitet und erfolgreich realisiert.

#### 5. Politisch-operative Schlussfolgerungen

Ausgehend von der politisch-operativen Lageeinschätzung auf dem Gebiet des Umweltschutzes, vor allem den zunehmenden Angriffen des Gegners auf die sozialistische Umweltpolitik, die Erhöhung der Eingaben und den Stand der Wirksamkeit der politisch-operativen Grundprozesse ist die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit vorrangig auszurichten auf:

1. Erhöhung der Wirksamkeit der IM/GMS und ihr offensiver Einsatz in den Bereichen des Umweltschutzes.  
Das erfordert:
  - daß ausgehend von einer konkreten IM-Bestandsaufnahme, die IM/GMS-Einheit in den SPB zielgerichtet zu erweitern und zu qualifizieren ist
  - den aufgaben- und personenbezogenen Einsatz geeigneter IM in
    - . den Schwerpunkten der Umweltbelastungen
    - . den mit dem Umweltschutz befaßten Einrichtungen
    - . den erkannten Zielgruppen des Gegners
  - die Erschließung und Nutzung aller Möglichkeiten der vorhandenen IM/GMS zur operativen Durchdringung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche und Bearbeitung der politisch-operativen Schwerpunkte sowie zum Erkennen von Umweltgefahren und deren Beseitigung.  
Herausarbeitung der Ursachen, Motive und Hintergründe sowie Verantwortlichkeiten für Umweltgefährdungen.

9

2. Qualifizierung der OPK-Entwicklung und Durchführung  
Zur Veränderung der wachsenden Sicherheitserfordernissen nicht entsprechenden Standes der Entwicklung und Durchführung von OPK ist es erforderlich:

- die Übersichten zu den umweltgefährdeten Bereichen zu präzisieren,
- politisch-operative Schwerpunktbeziehe zur Sicherung des Umweltschutzes zu bestimmen bzw. diese noch exakter zu präzisieren,
- OPK vorrangig in den Schwerpunkten der Umweltbelastungen zu entwickeln,
- bei der Entwicklung perspektivvoller OPK die Probleme des Geheimnisschutzes und der Geheimnisverratsdelikte stärker einzubeziehen,
- den Prozeß der operativen Durchdringung der politisch-operativen Schwerpunktgebiete durch die Organisation einer zielgerichteten politisch-operativen Grundlagenarbeit stärker auf die Zielpersonen des Gegners auszurichten.

3. Qualifizierung der Arbeit mit den Partnern des politisch-operativen Zusammenwirkens zum rechtzeitigen Erkennen von

- Umweltgefahren und -belastungen
- Schwerpunkten der Eingabentätigkeit
- Reaktionen der Bevölkerung
- Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte zur Schaffung einer personellen Basis,

und Einleitung von Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung.  
Offensive Einflußnahme auf die verantwortlichen staatlichen Leiter zur Durchsetzung der Bestimmungen des Geheimnisschutzes auf der Grundlage der "Anordnung zur Gewinnung, Bearbeitung und zum Schutz von Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt in der DDR" vom 16. 11. 1982.

Leiter der Abteilung

Reinl  
Oberstleutnant

Am 22. Oktober 1986 verfaßte die AKG/A1 einen Bericht über "Erkenntnisse zur Durchsetzung des Umweltschutzes in ausgewählten Kombinat und Betrieben des Bezirkes und zur Wirksamkeit der operativen Prozesse" [8]. Sie konstatierte darin, daß der Bezirk Halle zu den Bezirken mit den höchsten Belastungen zu zählen ist, und daß laufend Sanktionen und Entschädigungen in beträchtlicher Höhe durch die Betriebe zu leisten sind.

Es wurde auch hier wieder festgehalten, daß die "objektiv bedingten Umweltbelastungen ... zusätzlich ... durch Mängel in der Durchsetzung festgelegter Umweltschutzmaßnahmen und durch Fehlverhalten von Leitungskadern" erhöht werden. "Die Wirksamkeit der Beauftragten bzw. Abteilungen für Umweltschutz ist noch nicht in allen Bereichen gegeben und wird von den Betriebsdirektoren nicht mit allem Nachdruck durchgesetzt." [8, S. 2, 3].

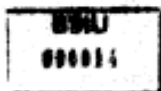
Die Bevölkerung reagierte mit Eingaben und Entschädigungsforderungen, und das MfS konnte befriedigt feststellen "Bei der Eingabentätigkeit ist insgesamt keine organisierte Tätigkeit bzw. ein Wirken sogen. Umweltkreise erkennbar." [8, S. 3]. Aber es gab auch "Veröffentlichungen in westlichen Massenmedien über Umweltbelastungen im Raum Halle - Leipzig" und aus diesem Bereich kam die Forderung nach einer "Zusammenarbeit beider deutscher Staaten" [8, S. 3]. Die Delegation der "Grünen" argumentierte bei ihrem Besuch im Bezirk Halle im September 1986 in eben diesem Sinne.

Aber eine tiefe Sorge bedrückte die Mitarbeiter des MfS: "Die Wirksamkeit der operativen Prozesse auf dem Gebiet des Umweltschutzes entspricht noch nicht den Anforderungen. Es erfolgte noch nicht die zielgerichtete Durchdringung und der Informationsfluß ist noch zu sporadisch." [8, S. 4]. In verständlichem Deutsch heißt das nichts anderes, als daß an wichtigen Stellen noch keine berichtsversessenen IM saßen. Für die IM war die Marschroute festgelegt: "Erkennung von gegnerischen Aktivitäten gegen die Umweltpolitik der Partei" [8, S. 4] - und gegnerisch waren in diesem Sinne alle die, die sich eigene Gedanken über die Mißstände machten, und noch viel gefährlicher die, die sich mit anderen darüber austauschten.

"Insgesamt entspricht der Bestand an OPK auf dem Gebiet des Umweltschutzes nicht ... den vorhandenen Umweltproblemen ..." [8, S. 4] - also: Je mehr Umweltprobleme, desto mehr Bespitzelung. Die vollständigen "Erkenntnisse" folgen auf den nächsten Seiten.



AKG/A 1



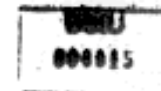
Halle, 22. Oktober 1986

# Erkenntnisse zur Durchsetzung des Umweltschutzes in ausgewählten Kombinaten und Betrieben des Bezirkes und zur Wirksamkeit der operativen Prozesse

- Der Bezirk Halle gehört neben den Bezirken Cottbus und Leipzig zu den Bezirken mit den höchsten Umweltbelastungen. Trotz der Realisierung einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen, insbesondere in Vorbereitung des XI. Parteitag, ist eine positive Veränderung der angespannten Lage nicht zu verzeichnen.  
In Schwerpunkteritorien ist eine ständige Zunahme der Umweltbelastungen in ihrer Gesamtheit vorhanden, wobei Teilerfolge bei einzelnen Betrieben erreicht wurden. Es muß außerdem eingeschätzt werden, daß es auch in den kommenden Jahren zu einer Zunahme der Umweltbelastungen kommen wird.
- Territoriale Schwerpunkte sind die Räume Merseburg, Halle, Bitterfeld, Wittenberg, Eisleben, Hettstedt, Bernburg und Karsdorf.
- Es entstehen ökologische Schäden, die zu steigenden Entschädigungsforderungen durch Landwirtschaftsbetriebe und Gartenbesitzer sowie zu einem Anstieg der staatlichen Sanktionen führen. Daneben nehmen die ökonomischen Schäden durch Produktionsverluste, die zu Umweltbelastungen führen, volkswirtschaftliche Größenordnungen an: Die Staubemission der Kupfer-Silber-Hütte Hettstedt beträgt das Dreifache des zulässigen Wertes. 1985 wurden 55.000 M Entschädigungen an Privatpersonen, 346.000 M an Landwirtschaftsbetriebe und 524.316 M Sanktionen gezahlt. In der Filzfabrik Wolfen übersteigen die im 1. Halbjahr 1986 an die Umwelt abgegebenen Schadstoffe die Vergleichswerte aus den Vorjahren deutlich. Der VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht" zahlte 1985 2.185 TM Sanktionen für Grenzwertüberschreitungen bei Emissionen und 2743 TM für Überschreitung von Abwassergrenzwerten. Für die durch das Abfackeln von H<sub>2</sub>S entstandenen Schäden in Gärten zahlte das Kombinat 30 TM Entschädigung.  
Durch die nichtterminierte Inbetriebnahme der biologischen Kläranlage im Kombinat Chemische Werke Buna liegen seit April 1986 monatliche Sanktionsforderungen in Höhe von 17,1 Mio M vor. Die vorhandene zu hohe Abwasserbelastung durch Zwischen- und Endprodukte entsprach im Monat Juni 1986 einem Verlust an industrieller Warenproduktion in Höhe von 3,6 Mio M.

Die Umweltbelastungen sind überwiegend objektiv bedingt durch:

- Produktion in Altanlagen mit hohem Verschleißgrad und durch Steigerung der Produktionsleistungen ohne adäquate Umweltschutzmaßnahmen.



2

- Fehlende Investitionen für Ersatzanlagen und Maßnahmen des Umweltschutzes. So wird der Anstieg der Staubemission um 11 t/h gegenüber 1984 in VEB Leuna-Werke auf den steigenden Verschleiß der veralteten Elektrofilter zurückgeführt. Rekonstruktionen sind bis 1990 nicht vorgesehen. Ein Rückgang der Abscheideleistungen verschlissener Entstaubungsanlagen ist außerdem in den Betrieben Karbid Buna, BKA Deuben, Hydrierwerk Zeitz, IKW Ansdorf, Kraftwerk Wühlitz u. a. vorhanden.
- Fehlende Kapazitäten in Anlagenbau für Einrichtungen des Umweltschutzes.  
In der Sekundärkupferanlage der Kupfer-Silber-Hütte Hettstedt war der Einbau einer Trockenentstäubung bis 1988 vorgesehen. Entsprechende Filteranlagen konnten bisher nicht beschafft werden. Ebenso ist die Ausrüstung der Konverter der Bessenerlei mit aerodynamischen Wasserhauben bis 1987 vom Anlagenbau nicht realisierbar.  
In der DDR kann der Bedarf an Entstaubungsanlagen nur zu ca. 1/3 gedeckt werden.
- Nichtterminierte oder nichtfunktionsgerechte Fertigstellung von Umweltschutzanlagen.  
In der biologischen Kläranlage des Kombinates Chemische Werke Buna erreicht die Tauchstahlstufe nicht die zugesicherten Betriebsparameter und bleibt damit wirkungslos.  
Durch die Nichtfertigstellung von Investitionsmaßnahmen im Abwassersystem der Gaswäsche der August-Bebel-Hütte Halbra wird zeitweilig ein Teil der schadstoffhaltigen Abwässer über das öffentliche Grabensystem abgeführt, in dem sich dadurch z. B. das Doppelte der zugelassenen Menge an Zink befindet. Wiederholtes Überlaufen führte bereits zur Gefährdung der Gewässer "Böse Sieben" und "Süßer See".
- Sinkende Qualität der eingesetzten Rohstoffe, wie z. B. Salzkohle, stark schwefelhaltige Braunkohle, Verarbeitung von Schrotten in der Kupferhütte der Kupfer-Silber-Hütte Hettstedt.
- Steigende Zahl von Störungen und Havarien, die in der Regel mit Umweltbelastungen und Grenzwertüberschreitungen einhergehen durch die mit der Außerbetriebnahme von Produktionssystemen verbundenen Abfackelungen und Abblasungen von Produkten. So gelangt im Schacht-ofenprozeß der August-Bebel-Hütte Halbra bei Havarien der Primärflugstaub mit seinen für die Landwirtschaft teilweise hochtoxischen Bestandteilen über Notessen in die Atmosphäre.
- Fehlender Forschungsvorlauf zur Schaffung abproduktarmer Technologien und Technologien zur Beseitigung bestehender Umweltbelastungen. Die Kupferhütte der Kupfer-Silber-Hütte Hettstedt gilt als einer der Hauptverursacher für die Umweltbelastungen des Betriebes. Es gibt jedoch keine Perspektivpläne zur Minimierung und Verhinderung von Umweltbelastungen.

Die objektiv bedingten Umweltbelastungen werden zusätzlich erhöht durch Mängel in der Durchsetzung festgelegter Umweltschutzmaßnahmen und durch Fehlverhalten von Leitungskadern und Anlagenführern. Begünstigend wirkt sich dabei eine gewisse Gleichgültigkeit in solchen Bereichen aus, die durch einen hohen Verschleiß der Anlagen ohnehin eine hohe Umweltbelastung darstellen. Die Wirksamkeit der Beauftragten bzw. Abteilungen für Umweltschutz ist noch nicht in



3

allen Bereichen gegeben und wird von den Betriebsdirektoren nicht mit allem Nachdruck durchgesetzt. Bei subjektiv verursachten Havarien und Störungen werden nur in wenigen Fällen die entstandenen Umweltbelastungen in die Bewertung der Verantwortlichkeiten einbezogen.

In der August-Bebel-Hütte Helbra wurde durch anwesende Leiter nicht auf das Öffnen der Notessen bzw. undichte Stellen an den Notessen, aus denen giftige Gichtgase entweichen, reagiert. Zeitweilig erfolgte der Transport stark inhalaktigen Flugstaubes unter Verletzung gesetzlicher Bestimmungen mit offener Dumper. Erhöhte Belastung des Raumes Stedten durch Kohlestaub entstand durch nicht ordnungsgemäße Fahrweise der Entstaubungsanlagen in der Brikettfabrik Stedten. Ebenso war im IKNV Annaburg zeitweilig eine nicht ordnungsgemäße Bedienung der Staubbeladung feststellbar. In der Kupfer-Silber-Hütte wird der Beauftragte für Umweltschutz nicht in erforderlichen Maße durch den Werkleiter zum Einsatz gebracht. Der Beauftragte ist nicht aussagefähig über die von den Betrieben ausgehenden Umweltbelastungen und die daraus resultierenden Eingaben.

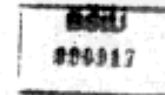
In der Reaktion der Bevölkerung ist eine steigende Tendenz der Eingabentwicklung festzustellen. Dabei erfolgt in der Regel eine Reaktion auf konkrete Schadstoffemissionen und die Darlegungen sind sachlich und berechtigt. Eine steigende Tendenz zeigen auch die Forderungen zur Schadensregulierung. Da die Betriebe in den meisten Fällen unbürokratisch reagieren, ergeben sich keine weiteren Probleme.

In der August-Bebel-Hütte richteten die Werktätigen ihre Forderungen jedoch nicht in erster Linie auf die Beseitigung der Luftverschmutzung, sondern auf die Zahlung von Erschwerungszuschlägen. Am 6. 10. 1986 kam es zu umfangreichen Diskussionen und 21 Eingaben im Zusammenhang von Stoßemissionen durch die Abteilung Leichtmetallwerkzeuge des CKS. Die Diskutierenden unterstellten den Abteilungsleiter, daß er unverantwortlich im Interesse der Erhöhung des Produktionsausstoßes die Werktätigen der unliegenden Betriebe belastet. Durch die zuständige Abteilung wurden im VEB Leuna-Werke 1985 56 Eingaben zu Umweltproblemen bearbeitet, bis zum 29. 8. 86 waren es bereits 48.

Bei der Eingabentätigkeit ist insgesamt keine organisierte Tätigkeit bzw. ein Wirken sogen. Umweltkreise erkennbar.

Zu verzeichnen ist eine Zunahme von Veröffentlichungen in westlichen Massenmedien über Umweltbelastungen in Raum Halle - Leipzig. Dabei dominieren folgende Aussagen:

- Für die DDR stehe die Sicherung des Wirtschaftswachstums im Vordergrund, für die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse stünden kaum Mittel zur Verfügung.
- Da die Umweltbelastungen nicht vor Ländergrenzen halt machen, sei eine Zusammenarbeit beider deutscher Staaten auf der Grundlage einer systemübergreifenden Politik notwendig.
- In gleicher Richtung verliefen auch die Argumentationen der "Grünen", die im September 1986 im Bezirk Halle weilten. Sie wollen sich dafür einsetzen, daß der "Druck der Betroffenen" zu einer noch engeren Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten führt.



4

Die Wirksamkeit der operativen Prozesse auf dem Gebiet des Umweltschutzes entspricht noch nicht den Anforderungen. Es erfolgte noch nicht die zielgerichtete Durchdringung und der Informationsfluß ist noch zu aporisch.

Die durchgeführten und die abgeschlossenen OPK betreffen Personen, die auf dem Gebiet des Umweltschutzes tätig sind und bei denen Hinweise auf op.-relevante NSW-Verbindungen oder Kontakte zu krichlichen Kreisen oder engen. Umweltgruppen bestehen oder bestanden bzw. die aufgrund ihrer Persönlichkeit einen Unsicherheitsfaktor darstellen. Bisher konnten keine operativ-relevanten NSW-Verbindungen oder bedeutsame Kontakte herausgearbeitet werden. Es gibt keine Hinweise auf den Abfluß von Informationen zum Umweltschutz an unberechtigte Personen oder feindliche Einrichtungen.

Insgesamt entspricht der Bestand an OPK auf dem Gebiet des Umweltschutzes nicht der ökonomischen Bedeutung des Bezirkes, den vorhandenen Umweltproblemen und den gegnerischen Aktivitäten gegen die Umweltpolitik der Partei.

Die vorhandenen und neu zu beschaffenden OPK müssen vorrangig eingesetzt werden zur

- Erkennung von gegnerischen Aktivitäten gegen die Umweltpolitik der Partei
- Aufdeckung von Mängeln und Mißständen in der Durchsetzung des Umweltschutzes und zur Beseitigung von Umweltgefährdungen
- Durchsetzung der Beschlüsse und Entscheidungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Bewährt hat sich die Verteilung von Auflagen zur Beseitigung erkannter Umweltbelastungen entsprechend den ökonomischen Möglichkeiten und die Durchführung von Komplexkontrollen zur Herausarbeitung von Umweltgefährdungen und Veranlassung entsprechender Veränderungen.



## 2.1. Kombinat VEB Chemische Werke Buna

## Einschätzung Anfang 1987

Am 7. Januar 1987 verfaßte die OD Buna eine "INFORMATION über den Stand der Produktions- und Anlagensicherheit im Stammbetrieb des Kombirates VEB Chemische Werke Buna" [7], die später, durch die BV Halle leicht verändert, das MfS als Parteiinformation an die Bezirksleitung der SED wieder verließ. Die OD Buna hatte sich bei mehreren Betriebsdirektionen in Buna kundig gemacht, ihre Kenntnisse in obiger Information niedergelegt und an die BV Halle weitergeleitet.

Bei den ausgewählten Betriebsdirektionen hatte sich die OD Buna Betriebsbereiche ausgewählt, die häufig in Berichten zu Störungen erschienen.

Auch hier fehlte nicht der immer wieder auftretende Hinweis auf "ungenügende Leitungstätigkeit". Trotzdem wurde in solchen erkannten Fällen vom MfS kein Einfluß auf die Personalpolitik genommen, den gab es nur aus politischen Anlässen, wie verheimlichten Westkontakten, politischer Unzuverlässigkeit, o.ä..

Der Bauzustand wurde als äußerst bedenklich eingeschätzt.

Das technische Niveau stand auf derselben Stufe: "Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat bisher nicht zu einer grundsätzlichen Intensivierung der Produktion und Reproduktion geführt. Das technologische Niveau entspricht im wesentlichen den Bedingungen der Produktionsaufnahme vor ca. 40 Jahren" [7, S. 2].

Ebenso wurden "Arbeitskräftefehl" und "erhöhte Fluktuation ... aus bestehenden Gesundheitsgefährdungen" benannt [7, S.3].

Auf den folgenden Seiten wird die Information vollständig wiedergegeben. Die handschriftlichen Änderungen wurden in der BV Halle vorgenommen, als sie in eine Parteiinformation umgewandelt wurde.

Die auf S. 4 bezeichnete Bilddokumentation wurde bei den Unterlagen nicht aufgefunden.

Objektdienststelle Buna Schkopau, 7. 1. 1987

*Handwritten: 7. 1. 1987, 7. 1. 1987, 7. 1. 1987*

*Handwritten: 7. 1. 1987*

**INFORMATION**  
über den Stand der Produktions- und Anlagensicherheit im Stammbetrieb des Kombirates VEB Chemische Werke Buna

Unter Anwendung spezifischer Mittel und Methoden des MfS wurde der Prozeß von tiefgründigen Untersuchungen zum Stand der Anlagen- und Produktionssicherheit in ausgewählten Bereichen ~~der~~ folgender Betriebsdirektionen im Stammbetrieb des Kombirates VEB Chemische Werke Buna fortgesetzt:

- Energetik
- Thermoplaste
- Elaste
- Carbid
- Organische Spezialprodukte (OSP)
- Verkehr

In Ergebnis der Tiefenkontrolle wurde festgestellt, was u. a. die Bilddokumentation beweist, daß Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit und Disziplin aufgrund ungenügender Leitungstätigkeit, unzureichender Betriebsregime und mangelhafter Grundfondreproduktion seit Jahren nicht mehr gewährleistet ist. Infolge dessen sind die technischen Ausrüstungen und die Produktionsgebäude in den genannten Betriebsdirektionen in hohem Grade bis an die Grenze der Funktionsfähigkeit und Stabilität verschlissen. Außerdem sind die Arbeitsbedingungen der Werktätigen erheblich beeinträchtigt.

*(in diesen Bereichen)*

Die ~~politisch-aktuelle~~ Lage ist gekennzeichnet durch

- Störungen und Funktionsmängel an der Produktionstechnik und den Energieversorgungsanlagen, verbunden mit steigenden Produktionsausfällen
- Brand- und Explosionsgefahr einschließlich schwerwiegender Umweltbelastungen durch unkontrollierten Austritt von Produkten
- Verstöße gegen das Betriebsregime, wie Überfahren von Sicherheitstechnischen Grenzwerten

INFORMATION über den Stand der Produktions- und Anlagensicherheit im Stammbetrieb des Kombirates VEB Chemische Werke Buna [7]



BSU  
000002

2

- Ansteigen der Anzahl von Havarien mit Personenschäden sowie mit hohen Sachschäden und Ausfällen von Warenproduktion

- schwere körperliche Belastungen der Werktätigen, verbunden mit Beeinträchtigungen und Schädigungen ihrer Gesundheit durch hochtoxische Medien, was zu einer hohen Fluktuation von Arbeitskräften führt

- ständig sinkende Arbeitsmoral der Werktätigen und Resignationserscheinungen mittlerer leitender Kader

Damit ist die Sicherung der kontinuierlichen Leistungsentwicklung bei ständiger Gewährleistung einer stabilen Produktion und des Schutzes der Werktätigen nicht gegeben.

In den überprüften Bereichen sind folgende prinzipielle Ursachen und begünstigende Bedingungen und Umstände für die kritische Situation in der Gewährleistung der Anlagen- und Produktions-sicherheit zu verzeichnen:

1. Leitungsmissig ist in den zurückliegenden Jahren die Erhaltung, Rekonstruktion und Modernisierung von Anlagen und Ausrüstungen, einschließlich Energieversorgungsanlagen sowie Bausubstanz nicht auf der Grundlage komplexer Konzeptionsabgefahren worden. So ergab eine von der Staatlichen Bauaufsicht im Ministerium für Bauwesen durchgeführte Kontrolle auf dem Grundlagedes Ministerratsbeschlusses von 19.6.86 zu 53 Objekten hinsichtlich der Bausubstanz, daß
  - davon 4 % in die Bauzustandsstufe 4 (über 50 % Verschleißanteile) und somit mit dem Prädikat "unbrauchbar"
  - davon 83 % in die Bauzustandsstufe 3 (26 bis 50 % Verschleißanteile) und somit mit dem Prädikat "schwere Schäden"
  - davon 13 Prozent in die Bauzustandsstufe 2 (6 bis 25 % Verschleißanteile) und somit mit dem Prädikat "geringe Schäden" eingeordnet wurden.
2. Begünstigend für das unkonzeptionelle Herangehen wirkte sich aus, daß erforderliche Bilanzanteile und zugehörige materielle Fonds zur Erfüllung gefasster Beschlüsse durch die zuständigen zentralen Organe nicht in vollem Umfang bereitgestellt wurden.
3. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat bisher nicht zu einer grundsätzlichen Intensivierung der Produktion und Reproduktion geführt.

BSU  
000003

3

Das technologische Niveau entspricht im wesentlichen den Bedingungen der Produktionsaufnahme vor ca. 40 Jahren.

4. Das vorhandene Forschungspotential des Stammbetriebes hat unzureichend sicherheitstechnische Aufgabenstellungen zur Arbeits- und Produktions-sicherheit in die Forschungsthesen integriert. Damit sind Probleme einschließlich ihrer Gefahren für Anlagen und das Personal nicht untersucht und gelöst worden.
5. Das Arbeitskräftemangel in den technischen Bereichen bewirkt, daß die planmäßig vorbeugende Instandhaltung nicht zum Tragen kommt, da die Instandhaltungskapazitäten fest ausschließlich zur Störungs-beseitigung zum Einsatz kommen. Außerdem ist der Zustand zu verzeichnen, daß keine Störreserven vorhanden sind.
6. Die vorwiegende Dezentralisierung des Instandhaltungspotentials erschwert eine einheitliche Führung.
7. Zentrale Beschlüsse zur Gewährleistung einer hohen technologischen Disziplin, Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit werden nur ungenügend umgesetzt, was seinen Niederschlag in der kritischen Anlagen- und Produktions-sicherheit findet. Gewöhnungen an Gefahrensituationen und Pflichtverletzungen treten in verstärkter Weise auf.
8. Die Herausbildung von Stammbelagern ist derzeit nicht gewährleistet. Eine erhöhte Fluktuation resultiert aus bestehenden Gesundheitsgefährdungen in einer Vielzahl von Anlagen.

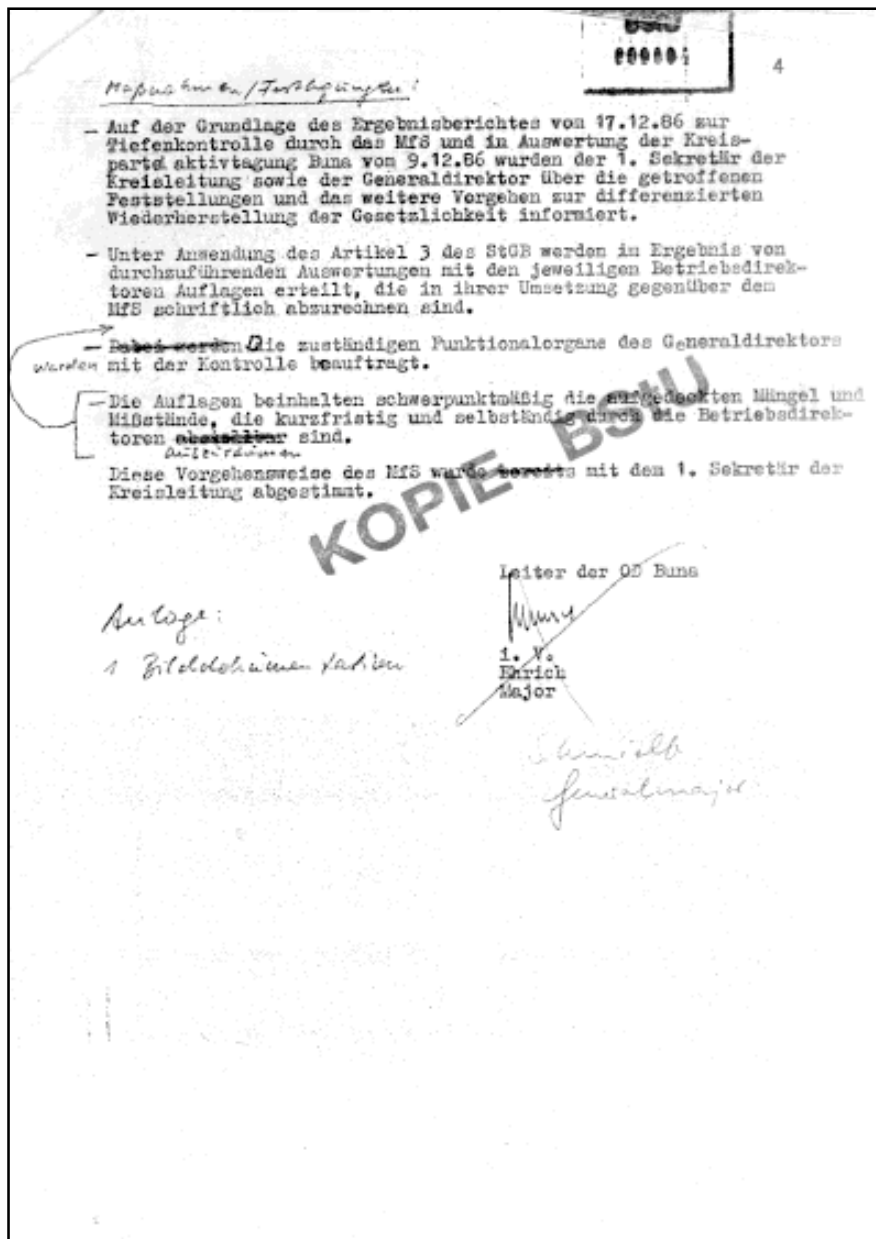
*angestrichelt*

Die Überprüfungen ~~haben~~ bestätigen, daß umfangreiche objektive Probleme vorhanden sind, die sich über Jahre wegen ungenügender Leitungs- und Führungstätigkeit bezüglich der Grund-fondreproduktion aufgebaut haben. Zur Beseitigung dieser Ursachen sind zentrale Entscheidungen erforderlich.

Weiterhin wurde festgestellt, daß neben objektiven Problemen eine Vielzahl von Mängeln und Missetänden in der Führungs- und Leitungstätigkeit auf der Ebene der Betriebsdirektionen vorhanden sind, die der Gewährleistung der Anlagen- und Produktions-sicherheit entgegenwirken. Daraus ist abzuleiten, daß von dieser Leitungsebene der gemeinsame Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates von Mai 1985 über

"Grundsätze für die Gewährleistung einer hohen technologischen Disziplin, Ordnung und Sicherheit in den Kombinat und Betrieben zur Steigerung der Effektivität und Qualität der Produktion"

nicht umgesetzt wird.



## 2.2. VEB Chemiekombinat Bitterfeld

## Situation in der Produktion von hochkonzentrierter Salpetersäure im CKB

Zur Herstellung hochkonzentrierter Salpetersäure wurden im Produktionsprozeß u.a. Pauling-Anlagen zur Erhöhung der Schwefelsäurekonzentration von 70% auf 98% verwendet. Die Schwefelsäure lief ständig im Prozeß um. Im VEB Chemiekombinat Bitterfeld gab es 17 Pauling-Öfen, die 1916 / 1917 errichtet wurden. Durch Stilllegungen in den Jahren 1971 und 1984 / 1985 waren zum Zeitpunkt der "Information über bestehende akute Gefährdungen bei der Produktion hochkonzentrierter Salpetersäure im VEB Chemiekombinat Bitterfeld" [17] vom 16.06.87 nur noch sechs in Betrieb. Diese waren 1977 / 1978 "für ein befristetes Weiterbetreiben stabilisiert" [17] worden. Die Gesamtanlage sollte spätestens Mitte der 80er Jahre vollständig stillgelegt werden.

Durch ständiges Eindringen von Abwasser und konzentrierter Schwefelsäure in das Erdreich wurden die Fundamente stark in Mitleidenschaft gezogen, und es kam zu ungleichmäßigen Setzungserscheinungen. Dadurch entstanden nicht abschätzbare Gefahren für die Rohrleitungssysteme, in denen immerhin "330°C heiße Schwefelsäure oder Erdgas" umliefen. Das Abreißen oder Brechen solcher Leitungen hätte zu unabsehbaren Katastrophen geführt. Darüber hinaus befand sich das gesamte Tragwerk in einem bedenklichen Zustand und die Dachkonstruktion wurde mit dem "Gefährdungsgrad 2 - Versagen einzelner Bauteile möglich" [17, S. 2] bewertet.

Die Gesamteinschätzung lautete: "Der Verschleißgrad der Anlage betrug 1975 bereits 78 %. Der Paulingbau 1 ist in die Bauzustandsstufe 4 (unbrauchbar) eingestuft." [17, S. 3].

In der "Information ..." wurden weiterhin die Auswirkungen von Störfällen auf das Betriebspersonal und das Umland detailliert beschrieben.

Aus dieser "Information ..." formulierte die BV Halle einen Bericht mit gleichem Titel für den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, den dieser am gleichen Tage mit seinem Kürzel abzeichnete [33]. (Die Information der OD CKB bestand aus 9, die der BV Halle aus 3 Seiten.)

Beide Informationen sind vollständig auf den folgenden Seiten wiedergegeben.

2590 P75

BSU  
000016

Dok

BV Halle  
OD CKB

Bitterfeld, 16. 6. 87  
schu-li /87

Pf 25.6.87  
TAB 66.

**I n f o r m a t i o n**  
Über bestehende akute Gefährdungen bei der Produktion hochkonzentrierter Salpetersäure im VEB Chemiekombinat Bitterfeld

Im VEB Chemiekombinat Bitterfeld wird unter Nutzung vorhandener Ausgangsprodukte hochkonzentrierte Salpetersäure (Hoko) hergestellt. Als Ausgangsprodukte kommen 50%ige Salpetersäure (Dünnsäure) aus der Produktion des Düngemittels Kalkammonsalpeter (KAS) sowie 98%ige Schwefelsäure (Oleum) zum Einsatz. Die Anlage zur Herstellung von Hoko besteht im wesentlichen aus der Destillation, den Pauling-Anlagen sowie dem Tanklager. Die Anlage arbeitet nach dem Extraktionsverfahren. Dabei wird 50%ige Salpetersäure in der Destillation mit Oleum zu Hoko destilliert, d.h., der Dünnsäure wird durch die Schwefelsäure Wasser entzogen, wobei sich deren Konzentration von 98 % auf ca. 70 % verringert. Diese 70%ige Salpetersäure wird in mit Erdgas beheizten Gußkesseln (Pauling-Öfen) bei ca. 330°C eingesampt und wieder als Oleum in der Destillation zugeführt. Eine anderweitige Verwendung von 70%iger Schwefelsäure ist nur in sehr begrenztem Maße möglich. Zur Zeit erfolgt der Verkauf vergleichsweise geringer Mengen 70%iger Schwefelsäure an das ACK Piesteritz, welches diese mit erhöhtem energetischen Aufwand zur Produktion von Superphosphat einsetzt.

Die Pauling-Öfen bestimmen eindeutig die Kapazität der Herstellung von Hoko und sind zugleich auch absolute Schwach- und Gefahrenstellen des Betriebes. Jährlich fallen z.Zt. ca. 40 000 t 70%ige Schwefelsäure an, welche bei Totalausfall der Paulinganlagen neutralisiert werden müßten, was jedoch ökonomisch, ökologisch und technisch nicht vertretbar ist.

Von den Pauling-Anlagen gehen seit Jahren akute Gefährdungen für das Betriebspersonal, für Werktätige in angrenzenden Betrieben, für Bewohner des angrenzenden Territoriums sowie für enorme Sachwerte in den umliegenden Betrieben durch den hohen physikalischen Verschleiß an Ausrüstungen und Gebäuden aus. Die Pauling-Anlagen wurden 1916/1917 errichtet. Teilstilllegungen führten 1971 mit der Außerbetriebnahme des Paulingbaues 3 und 1984/85 mit der Einstellung der Produktion im Paulingbau 1 zu einem drastischen Absinken der Produktion an Hoko. Die Anlage wurde 1976 dem Politbüro der SED auf Anforderung als besonders instabil genannt. Eine Aufnahme in das RSN-Programm erfolgte nicht, da die Anlage spätestens Mitte der 80er Jahre mit Inbetriebnahme von Piesteritz außer Betrieb gehen sollte.

Der Anlagenzustand bei der Salpetersäureproduktion im CKB [17]

BSU  
000017

2

Die Produktionskapazität der Anlage betrug 1969 noch 29 Kt Hoko/a. Mit den o.g. Teilstilllegungen verringerte sich die Produktionskapazität auf 15 Kt Hoko/a. Ab 2. Halbjahr 1987 wird die Außerbetriebnahme weiterer 2 Öfen im Paulingbau 2 erforderlich, so daß sich die Produktionskapazität auf 11,5 Kt Hoko/a verringern wird.

Durch die Außerbetriebnahme der Pauling-Anlagen 1 und 3 mußte die Bedarfsdeckung der DDR-Volkswirtschaft mit dem strategisch bedeutsamen Produkt durch NSW-Importe erfolgen. Beispielsweise mußten 1987 22,8 Kt Hoko für 9,3 Mio VM aus dem NSW importiert werden. Bis 1990 erhöht sich der DDR-Bedarf an Hoko um weitere 5,7 Kt infolge der Errichtung einer Mehrzweck-Nitrierungsanlage in Schönebeck (LVO-Vorhaben).

Zur Zeit befinden sich noch 6 von 17 Pauling-Öfen in Betrieb. Ein Totalausfall dieser Öfen würde weitere NSW-Deckungsimporte in Höhe von 6,1 Mio VM erforderlich machen.

Die z.Zt. noch in Betrieb befindliche Produktionsstraße Paulingbau 2 wurde 1977/78 in Abstimmung mit dem Bilanzorgan ACK Piesteritz für ein befristetes Weiterbetreiben stabilisiert.

Inzwischen hat sich der bautechnische Zustand der Anlage durch die im verseuchten Untergrund wirkende konzentrierte Schwefelsäure wieder soweit verschlechtert, daß ein plötzliches Versagen der technologischen Ausrüstung nicht ausgeschlossen werden kann. Durch die eingetretene Zerstörung des Abwassersystems und der Kanalisation: Abwasserleitung versickert Abwasser und konzentrierte Schwefelsäure noch verstärkt und unkontrolliert, so daß durch Setzungserscheinungen im Fundamentbereich der Öfen eine Schiefstellung derselben eingetreten ist. Damit hat sich die Gefahr von Gewaltbrüchen und das Abreißen von Rohrleitungen, welche 330°C heiße Schwefelsäure oder Erdgas führen, weiter erhöht.

Seit 1975 haben sich an der gesamten Bausubstanz in zunehmendem Maße folgende Schäden verstärkt:

- absolute Zunahme von Querschnittsschwächungen an Tragwerken
- Schäden an Mittelstützen und Ofenfundamenten
- starke Schäden an der Dachkonstruktion (Gefährdungsgrad 2 - Versagen einzelner Bauteile möglich)
- Schäden an Gebäudeaußenwänden, Fundamenthebungen und -setzungen
- Verwerfungen des Fußbodens

Infolge der daraus resultierenden Spannungen, insbesondere in der Erdgaszuführungsleitung, kann es zu Gewaltbrüchen oder Abreißen der Rohrleitungen kommen. Damit besteht akute Explosionsgefahr.



BSU  
000018

3

Der Verschleißgrad der Anlage betrug 1975 bereits 78 %. Der Paulingbau 1 ist in die Bauzustandsstufe 4 (unbrauchbar) eingestuft.

Infolge von starken Korrosionsschäden ist die 24 m lange Arbeitsbühne im noch in Betrieb befindlichen Paulingbau 2 ebenso einsturzgefährdet wie die Ostwand des Gebäudes. Die Abdeckungen der Arbeitsbühnen sind in ihren Halterungen nicht mehr exakt sicherbar und können nur noch provisorisch repariert werden. Der als Vorleistung für einen Neubau bisher aus Kapazitätsgründen und ungeklärten Fragen der Einordnung nicht realisierte Abriß des einsturzgefährdeten Paulingbau 1 birgt trotz Absperrung zusätzliche Gefahrenmomente in sich für die angrenzenden technologischen Ausrüstungen, wie Tanklager und Pumpstationen sowie für das Bedienungspersonal.

Durch Sachverständige wird eingeschätzt, daß ein Havariefall extreme Folgen für umliegende Betriebe bzw. Territorien haben würde. Beispielsweise kann ein plötzliches Versagen von Haupttragwerken im Extremfall zum Bruch von Paulingöfen und damit zur Freisetzung großer Mengen 330°C heißer Schwefelsäure führen. In Abhängigkeit von Windrichtung und Windstärke kann dann ein mehr oder weniger großes Territorium oberhalb der dort lebenden oder arbeitenden Menschen den extremen Wirkungen ausgesetzt. Ein Gewaltbruch oder Abreißen der Erdgaszuführungsleitung würde unweigerlich zu Explosion mit unabsehbaren Folgen führen. Betroffen wären in jedem Fall eine größere Anzahl umliegender Betriebe des OKB, der in unmittelbarer Nähe liegende VEB Kraftverkehr Bitterfeld und/oder die Gemeinden Greppin und Wachtendorf bzw. Teile der Stadt Wolfen in Abhängigkeit von der Wetterlage. Eine exakte Gefährdungsanalyse wird gegenwärtig ausgearbeitet.

Aufgrund dieser Gefahrensituation kann alles in allem trotz hoher Instandhaltungsaufwendungen die Stilllegung weiterer Öfen in den nächsten Jahren nicht ausgeschlossen werden, um der akuten Gefährdung des Anlagen- und Reparaturpersonals durch unkontrolliertes Austreten von siedender Schwefelsäure wirksam begegnen bzw. vorbeugen zu können.

Es liegen Einschätzungen von Sachverständigen vor, wonach in den nächsten zwei, spätestens drei Jahren, alle Paulingöfen stillgelegt werden müssen.

Eine Problemlösung wird nur durch den Neubau mit Anlagenimport erreicht, nachdem vom VEB Chemieanlagenbau Leipzig-Grimma ein Negativattest erteilt wurde.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bitterfelder Hoko-Produktion drückt sich in einer beschränkten Flächenwirkung der davon abhängigen Warenproduktion in der 2. und 3. Verarbeitungsstufe aus.

Über die Nitrierung von Aromaten werden folgende volkswirtschaftlich bedeutsame Produkte zugänglich:

- im OKB

• durch die Einführung der farbtragenden NO<sub>2</sub>-Gruppe in die Farbstoffgrundkörper ein Produktionsvolumen an or-

BSU  
000019

4

ganischen Farbstoffen und Zwischenprodukten in Höhe von 270 Mio M

• durch die auf Nitrosaromaten aufbauenden Synthesen ein Produktionsvolumen an PSM in Höhe von 166 Mio M

sowie ein Produktionsvolumen an Pharmazeutika in Höhe von 3,5 Mio M

- im Sprengstoffwerk Schönebeck ein Produktionsvolumen von 5900 t Sprengstoffe im Wert von 32,5 Mio M

- im Sprengstoffwerk Gnashwitz ein Produktionsvolumen von 1000 t Sprengstoffe im Wert von 60 Mio M

- im Synthesewerk Schwarzeheide über die Isocyanat-Veredlung von Polyurethanen ein Produktionsvolumen im Wert von 64 Mio M

Hoko abhängiges Warenproduktionsvolumen in Summe 596 Mio M

Durch den VEB OKB wurden neben den bereits erwähnten Stabilisierungsmitteln folgende Aktivitäten zur Herbeiführung von Veränderungen, insbesondere zur Vorbereitung und Realisierung eines Anlagenimportes, ausgelöst:

(1) Mit der Nichteinordnung der Ersatzvariante am Standort Piesteritz wurde im Februar 1984 anl. des ZK-Seminars in Leipzig der Minister für Chemische Industrie von der gefährlichen Situation unterrichtet und gemeinsam mit dem ACK nach neuen Lösungswegen gesucht für eine investitions-günstigere Variante zur Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfes. Zwischen den Generaldirektoren beider Kombinate wurde abgestimmt, daß entgegen der bisherigen Linie zur Sicherung der Ziele der höheren Veredlung im OKB und zur Versorgung der Sprengstoffindustrie sowie der Polyurethan-Produktion mit nitrierten Aromaten die Hoko-Produktion in Bitterfeld nach dem Aufkonzentrationsverfahren mittels Schwefelsäure beibehalten wird.

(2) Auf Vorschlag des VEB OKB wurde das Vorhaben "Stabilisierung und Erweiterung der Hoko-Anlage in Bitterfeld", als Maßnahme zur Modernisierung verschlissener Anlagen und zur erweiterten Verarbeitung einheimischer Rohstoffe, Bestandteil des PWR-Beschlusses 02-128/7/84 vom 3. 4. 1984.

BStU  
000020

5

(3) Dazu wurde termingerecht auf der Basis von technischen Gesprächen mit potentiellen Anbietern aus dem NSW die Dokumentation zur Aufgabenstellung im September 1984 fertiggestellt und vor dem Generaldirektor vorverteidigt. Die AST schloß mit einem Gesamtwertumfang von 59,5 Mio M, davon 15,5 Mio M Bau, bei einem Inbetriebnahmeterrain 12/87, ab. Eine Binordnung in die Investitionspläne 1986/87 entsprechend dem vorgeschlagenen Vorbereitungs- und Realisierungsablaufes erfolgte durch MfO und SPK jedoch nicht. Es wurde die Forderung auf einen kompletten Anlagenimport aus der UdSSR erhoben. In der Zwischenzeit war auf Ebene SPK und GOSTPLAN das Regierungsabkommen DDR/UdSSR über gegenseitige Lieferungen von Industrieanlagen für den Zeitraum 1986 - 1990 vorbereitet und ohne Einbeziehung des OKB in die vorhabenkonkrete Vorbereitung die HOKO-Anlage auf die Liste der zu importierenden Anlagen gesetzt worden.

(4) Im Ergebnis der Ende Januar 1986 in Moskau mit dem Vizepräsidenten der V/O Neftchimproekt geführten technisch-kommerziellen Gespräche wurde klar, daß die von sowjetischer Seite angebotene Anlage nicht den Erfordernissen der DDR-Seite entsprach, so daß die Realisierung dieser Abkommensposition auf das Unvermögen beider Seiten stieß. Im Nachgang zu Unterzeichnung des Abkommens vom 20.1.1986 wurde der Außenhandelsbetrieb Industrieanlagen-Import (AHB IAI) durch das Ministerium für Außenhandel folgerichtig angewiesen, alle Aktivitäten zur Vorbereitung eines Anlagenimportes aus dem NSW einzustellen, solange die Hoko-Anlage als Abkommensposition mit der UdSSR nicht aufgekündigt wurde.

(5) Seitens des VEB OKB wurde das MfO bereits mit Schreiben vom 26. 2. 86 davon in Kenntnis gesetzt, daß die von der UdSSR-Seite angebotene, nach dem Magnesiumnitrat-Verfahren arbeitende Anlage, für den Einsatzfall nicht geeignet ist und die erforderlichen Schritte schnellstens eingeleitet werden müssen, um den Import einer Hoko-Anlage aus dem Abkommen herauszunehmen, damit kein weiterer Zeitverlust eintritt bei der Wiederaufnahme der Kontakte zur Vorbereitung und Realisierung des NSW-Anlagenimportes.

(6) Dieser Aktivität schlossen sich ein umfangreicher einseitiger Schriftverkehr sowie zahlreiche persönliche Gespräche zur Annäherung der gegenüber SPK und MAH einzuleitenden Schritte an. Es wurden die Argumentationen und die Begründung des OKB-Standpunktes anhand der Ergebnisse einer Reise in die UdSSR zur Besichtigung der Referenzanlage durch weitere Fakten unterlegt und die Unzuverlässigkeit des sowjetischen Anlagenangebots nachgewiesen. Auf die seit Februar 1986 dem MfO zum Vorhaben Hoko geschickten Briefe blieb bis November 1986 jegliche Reaktion und Antwort aus.

BStU  
000021

6

Durch die fehlende Erklärung des MfO - auf den Anlagenimport zu verzichten - wurde der sowjetische Partner über die Absichten des OKB bis Anfang 1987 im Unklaren gelassen und die Verhandlungen mit NSW-Anbietern wurden blockiert.

(7) Erst am 18. 11. 86 wurden in einer Beratung zwischen dem Staatssekretär Gen. Hanne im MfO und dem Generaldirektor des VEB OKB die Auswertung eines ausführlichen Variantenvergleiches vorgenommen und Festlegungen zur weiteren Bearbeitung des im zentralen Plan der Vorbereitung 1987 enthaltenen Vorhabens "Modernisierung Hoko-Produktion" als K-Vorhaben getroffen. Aus dem geführten Variantenvergleich leitete sich unter Beachtung der Entscheidungskriterien

- Weltstandsvergleich (Werkstoffe, spez. Energieverbrauch, Automatisierungsgrad, AK-Bedarf)
- Umweltbedingungen
- Standortproblematik
- Vorbereitungszeiten bis einschl. Inbetriebnahmeterrain
- Ökonomische Kennzahlen

weiterhin zwingend ein kompletter NSW-Anlagenimport ab.

(8) Mit Schreiben vom 28. 11. 1986 wurde dem MfO der Antrag auf Vorbereitung und Realisierung der Erstinvestition Hoko als Kompensationsvorhaben übergeben, der in einer Abstimmungsrunde mit Vertretern der betreffenden Abteilungen des MfO beraten worden war. Der Staatssekretär, Gen. Hanne, wurde gebeten, diesen Antrag zu befürworten und an die SPK, dem Staatssekretär, Gen. Groß, zur Bestätigung einzureichen. Auf diesen Brief steht bis heute wiederum die Antwort aus. Über die Kontakte mit IAI und MAH ist bekannt, daß bereits am 16. 1. 87 dem MfO die mit Auflagen erteilte Zustimmung der SPK zum Antrag auf K-Vorhaben zugegangen ist.

(9) Erneute Mahnungen blieben bis Mitte März 1987 ohne Ergebnis. Zu diesem Zeitpunkt ging ohne jeglichen Kommentar der präzisierte Plan der Vorbereitungen (PdV) 1987 im OKB ein, der für das Vorhaben Hoko keine Vorbereitungsleistungen mehr enthält. Rückfragen ergaben, daß das Vorhaben um zwei Jahre zurückgestellt wurde infolge eines Bilanzentscheides zugunsten des gemäß PMR-Beschlusses zu realisierenden Vorhabens IKW III Buna.



BStU  
000022

7

Die Vorhabensauswahl für den Bilanzentscheid wurde vom MfC (vermutlich Abt. Perspektivplanung) ohne Konsultation des CKB getroffen.

Durch diese Entscheidung wurde die von MAH dem VEB IAI inzwischen erteilte Auffassung zur Einholung von Angeboten aus dem NSW rückgängig gemacht. Unter Bezug auf den PMK-Beschluß vom 12. 2. 1987 teilte der VEB IAI am 24. 2. 1987 mit, daß wegen der darauffolgenden terminlichen Verschiebung des Vorhabens eine Neuordnung der Vertragsbeziehungen mit dem VEB IAI in Fragen Hoko in den nächsten Jahren entfällt.

(10) Bis zum heutigen Zeitpunkt erfolgte seitens des MfC noch keine verbindliche Antwort auf die Beantragung des K-Vorhabens vom 28. 11. 1986. Eine Entscheidung macht sich jedoch aufgrund der bestehenden und bekannten Gefahrensituation dringend erforderlich. Darüberhinaus können von IAI nur dann die seit 1984 vorliegenden Angebote eingeholt werden, wenn eine definitive Entscheidung durch das MfC getroffen wird. Entsprechend der mit dem MfC getroffenen Vereinbarung vom 18. 11. 86 ist die Errichtung einer 40 kt-Anlage zeitlich wie folgt vorgesehen:

- Erarbeitung der Aufgabenstellung (AST): 03/88
- Bestätigung der AST : 06/88
- Abschlußvertrag : LHM 1988
- Realisierungstermin : 01/90 - 12/91

Eine Vergrößerung der Anlagenkapazität über 40 kt ist unter Beachtung des Umweltauflagens erst nach Klärung der KAS-Problematik möglich. Die unter dem Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Bedarfsentwicklung festgelegte Kapazität von 40 kt geht bereits zu Lasten der Produktion von KAS. Bei 40 kt Hoko-Produktion stehen 10 kt Düngemittel nicht für die Landwirtschaft zur Verfügung.

Seitens MfC wird jedoch trotz Kenntnis dieser stoffwirtschaftlichen Bedingungen ein NSW-Export an Hoko aus der neuen Anlage gefordert. Eine Kapazitätserhöhung bei Hoko wäre nur nach Einstellung der KAS-Produktion im VEB CKB möglich. Eine diesbezügliche seit 1976 überfällige Entscheidung wurde bisher jedoch ebenfalls noch nicht vom MfC getroffen.

Die über Jahre durch verantwortliche Kader des MfC nicht geklärten Fragen stellen die Leitung des VEB CKB vor eine nahezu ausweglose Situation, was die Versorgung der Volkswirtschaft mit Hoko aus der CKB-Anlage und die Gewährleistung einer hohen Produktions- und Anlagensicherheit anbelangt. Es muß eingeschätzt werden, daß das unter den gegebenen Bedingungen existierende Risiko für das weitere Betreiben der Anlage für den Generaldirektor nicht mehr tragbar ist.

BStU  
000023

8

Die Werktätigen des Produktionsbereiches, die mit der Bearbeitung des Problems beauftragten ingenieurtechnischen Kader sowie weitere Leitungskader zeigen für eine solche Investitionspolitik des jahrelangen Hinhaltens und der Versprechungen zur Verbesserung der denkbar schlechten Arbeitsbedingungen kein Verständnis mehr. Erscheinungen der Resignation sind bei staatlichen Leitern deutlich sichtbar und in der Anlage durch hohe Fluktuation gekennzeichnet. Wegen fehlender Arbeitskräfte aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen steht zeitweilig nur eine Arbeitskraft zum Fahren bzw. Überwachen der Anlage zur Verfügung. Instandhaltungskräfte weigern sich, Reparaturarbeiten durchzuführen, solange Anlagen in unmittelbarer Nachbarschaft von gestörten Aggregaten, Rohrleitungen etc. noch in Betrieb sind.

Es werden ständig Beschwerden von Anliegerbetrieben und des VEB Kraftverkehr Bitterfeld wegen Schwefelsäure-Stoßemissionen geführt.

Neben dem nicht mehr tragbaren Risiko des Betriebes der Anlage hat der eingetretene Zeitverlust eine Verteuerung des Vorhabens von 60 Mio M auf schätzungsweise 120 Mio M und eine Verschiebung des Inbetriebnahmeterrains um mehrere Jahre eingebracht.

Durch den Generaldirektor CKB wurden auf der Grundlage des Schutzes der Belegschaft und der Anwohner sowie zur weitestgehend möglichen Gewährleistung der Anlagen- und Produktionssicherheit folgende anlagenkonkreten spezifischen Sicherheitsmaßnahmen zur Realisierung erlassen:

- a) Gewährleistung einer kontinuierlichen Überwachung von Bauwerksbewegungen, insbesondere an den gefährdeten Anlagenteilen und Tragwerken, unter Beachtung der auftretenden Spannungen in Anlagenteilen und Rohrleitungen
- b) Konkretisierung der Festlegungen über Fluchtwege sowie zur Fragen der An- und Abmeldung
- c) Maßnahmen zur Rettung und Bergung von Menschen im Havariefall
- d) Maßnahmen zur Bekämpfung von Schadstoffausbrüchen und deren Folgeerscheinungen bei Zerstörung von Produktionssystemen
- e) Präzisierung der Maßnahmen zum Zusammenwirken mit Kräften des Territoriums und den Einsatzkräften von VP und Feuerwehr
- f) Ermittlung der möglichen Belastung des Territoriums bei Freisetzung der gesamten Menge Schadstoff
- g) stabsmäßige Vorbereitung von Maßnahmen zur Evakuierung, medizinische Betreuung und Unterbringung von Menschen unter Beachtung von Windrichtung, Eigenschaften der Schadstoffe, Tageszeiten und Verkehrsaufkommen (Anlage liegt unmittelbar an der Straße zwischen Wolfen, Greppin und Bitterfeld)

BStU  
000024

h) Schaffung der Voraussetzungen für die sichere Führung aller Kräfte vor Ort durch den Generaldirektor bzw. seinen ersten Stellvertreter

i) Durchführung außerordentlicher Arbeitsschutzbelehrungen in angemessener Form, ohne die bereits vorhandene Unsicherheit unter den Werktätigen weiter zu verstärken

j) Ausarbeitung von Maßnahmenplänen zur kurz-, mittel und langfristigen Wiederherstellung der Anlagensicherheit. Zur Einordnung von Reparaturen und Investitionen sind in Zusammenarbeit mit Staatlicher Bauaufsicht, TU, IAPS und Stab ZV Entscheidungsvorschläge zu unterbreiten (betrifft auch andere gefährdete Anlagen).

Für den Havariefall sind geheimzuhaltende Einsatzdokumente zu erarbeiten, welche durch den Generaldirektor und den Vorsitzenden der KKG zu beständigen sind. In die Ausarbeitung, Planung und Realisierung der vorgenannten Maßnahmen sind differenziert einbezogen:

- Sachverständige der Direktion Bereiche, Produktion, Technik, Absatz und Beschaffung sowie Forschung
- Sachverständige der IAPS und der STABA sowie der Leiter der Schutzkommission des VEB CKB
- Kräfte der Zivilverteidigung des CKB
- Kräfte des BS-Amtes CKB und der Berufsfeuerwehr CKB
- Kräfte des Territoriums

Operative Wertung

Die Information wurde in Auswertung verschiedener offizieller Dokumente, wie Gefährdungsanalysen, Gutachten etc. erarbeitet. Die getroffenen Aussagen sind in diesen Dokumenten sowie im umfangreichen Schriftverkehr an zentrale Stellen detailliert dargestellt. Eine Vorortbesichtigung bestätigte den dargestellten kritischen Anlagenzustand. Die dargestellten Gefährdungen beruhen auf Experteneinschätzungen, welche zur Zeit weiter präzisiert werden. Die Information weist auf

- akute Gefährdungen von Menschen und Sachwerten,
- akute Gefährdungen volkswirtschaftlicher Verflechtungen mit beachtlicher Flächenwirkung sowie
- auf die unzureichende Beachtung objektiv gegebener Gefahrensituationen durch übergeordnete staatliche Stellen

hin.

In dem folgenden Aktenmaterial wurden einige Stellen mit einem Textsignal markiert und sind deshalb in der Kopie schlecht lesbar. Diese werden hier wiedergegeben:

- S. 1 INFORMATION über bestehende akute Gefährdungen bei der Produktion hochkonzentrierter Salpetersäure im VEB Chemiekombinat Bitterfeld
- S. 2 Von den Pauling-Anlagen gehen seit Jahren akute Gefährdungen für das Betriebspersonal, für Werktätige in angrenzenden Betrieben, für Bewohner des angrenzenden Territoriums und für enorme Sachwerte in den umliegenden Betrieben durch den hochgradigen Verschleiß an Ausrüstungen und Gebäuden aus.

Zur Zeit befinden sich noch 6 von ehemals 17 Pauling-Öfen in Betrieb, die 1977/78 für einen befristeten Weiterbetrieb stabilisiert wurden. Ein Ausfall dieser Öfen würde weitere Deckungsimporte aus dem NSW in Höhe von 6,1 Mio VM notwendig machen.

Seit 1975 haben sich die Schäden an der Bausubstanz besorgniserregend durch die im verseuchten Untergrund wirkende konzentrierte Schwefelsäure verstärkt:

...

Damit erhöht sich die Gefahr von Gewaltbrüchen und Abreißen von Rohrleitungen, die 330 °C heiße Schwefelsäure oder Erdgas führen, und damit von Explosionen mit Katastrophencharakter.

Eine Freisetzung von heißer Schwefelsäure gefährdet in Abhängigkeit von Windrichtung und -stärke ein größeres Territorium mit den Gemeinden Greppin, Wachtendorf und Teilen der Stadt Wolfen, Betriebsteile des CKB sowie den Kraftverkehr Bitterfeld.

Nach Einschätzung von Sachverständigen müssen bis 1990 alle Pauling-Öfen stillgelegt werden.

Infolge der ständigen Gefahrensituation und der schlechten Arbeitsbedingungen kommt es zu einer hohen Arbeitskräftefluktuation und Unterbesetzung der Anlagen.

Instandhaltungskräfte weigern sich, Reparaturarbeiten durchzuführen, solange in der unmittelbaren Nähe noch Anlagen in Betrieb sind.

- S. 3 Aus den Anliegerbetrieben und dem VEB Kraftverkehr werden ständig Beschwerden wegen Schwefelsäure-Stoßemissionen geführt.

2534

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

BSU  
000104

Bezirksverwaltung Halle

Halle 26. 6. 1987

Blatt

Exemplar

Eingegangen  
26 0 6 87  
16 1 85

23/87 -07  
65/1/14 -54

**INFORMATION**  
über

bestehende akute Gefährdungen bei der Produktion hochkonzentrierter Salpetersäure in VEB Chemiekombinat Bitterfeld

Im CKB wird unter Nutzung der vorhandenen Ausgangsprodukte 50 %ige Salpetersäure aus der Kalkammonsalpeterproduktion und 98 %ige Schwefelsäure (Oleum) hochkonzentrierte Salpetersäure (Hoko) hergestellt, wobei die Schwefelsäure im Kreislauf als Konzentrierungsmittel dient. Die als Zwischensstufe entstehende 70 %ige Schwefelsäure wird in Pauling-Ofen bei 130 °C eingedampft und als Oleum wieder der Produktion zugeführt.

Unter Einsatz von Hoko werden im CKB (Farbstoffe, Pflanzenschutzmittel, Pharmazeutika), Sprengstoffwerk Schönebeck, Sprengstoffwerk Gnasechwitz und im Synthesewerk Schwarzeide (Polyurethane) Produkte im Wert von 600 Mio M hergestellt.

Die Pauling-Anlagen wurden 1916/1917 errichtet und Teilstilllegungen erfolgten 1971 und 1984/85. Die Produktionskapazität sank von 29 kt/a im Jahr 1969 auf 15 kt Hoko/a. Ab 2. Halbjahr 1987 wird die Außerbetriebnahme 2 weiterer Ofen in Paulingbau 2 zu einer Verringerung der Produktionskapazität auf 11,5 kt/a führen.

Zur Bedarfsdeckung müssen 1987 22,8 kt Hoko für 9,3 Mio VM aus dem NSW importiert werden. Bis 1990 erhöht sich der Bedarf um weitere 5,7 kt infolge einer Neuanlage in Schönebeck.

Der Anlagenzustand bei der Salpetersäureproduktion im CKB [33]

BSU  
000105

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

Eine Produktion von Hoko ohne Wiederaufbereitung der 70 %igen Schwefelsäure in Pauling-Anlagen ist ökonomisch und ökologisch nicht vertretbar. Im CKB müßten jährlich ca. 40.000 t Schwefelsäure, für die es keine anderen Einsatzmöglichkeiten gibt, neutralisiert werden.

Von den Pauling-Anlagen gehen seit Jahren akute Gefährdungen für das Betriebspersonal, für Werktätige in angrenzenden Betrieben, für Bewohner des angrenzenden Territoriums und für enorme Sachwerte in den unliegenden Betrieben durch den hochgradigen Verschleiß an Ausrüstungen und Gebäuden aus. Zur Zeit befinden sich noch 6 von ehemals 17 Pauling-Ofen in Betrieb, die 1977/78 für einen befristeten Weiterbetrieb stabilisiert wurden. Ein Ausfall dieser Ofen würde weitere Deckungsimporte aus dem NSW in Höhe von 6,1 Mio VM notwendig machen.

Seit 1975 haben sich die Schäden an der Bausubstanz besorgniserregend durch die im versuchten Untergrund wirkende konzentrierte Schwefelsäure verstärkt:

- Zerstörung des Abwassersystems und der Kanalisationsleitung und dadurch verstärkte Versickeren von konzentrierter Schwefelsäure in den Untergrund
- Senkungserscheinungen im Fundamentbereich der Ofen und deren Schiefstellung
- Zunahme von Querschnittsschwächungen an Tragwerken und Mittelstützen
- Schäden an der Dachkonstruktion, Versagen einzelner Bauteile ist möglich
- Schäden an Gebäudeaußenwänden und Fundamenten sowie Verwerfungen des Fußbodens.

Damit erhöht sich die Gefahr von Gewaltbrüchen und Abreißen von Rohrleitungen, die 330 °C heiße Schwefelsäure oder Erdgas führen, und damit von Explosionen mit Katastrophencharakter. Eine Freisetzung von heißer Schwefelsäure gefährdet in Abhängigkeit von Windrichtung und -stärke ein größeres Territorium mit den Gemeinden Greppin, Wachtendorf und Teilen der Stadt Wolfen. Betriebsteile des CKB sowie den VEB Kraftverkehr Bitterfeld. Nach Einschätzung von Sachverständigen müssen bis 1990 alle Pauling-Ofen stillgelegt werden.

Infolge der ständigen Gefahrensituation und der schlechten Arbeitsbedingungen kommt es zu einer hohen Arbeitskräftefluktuation und Unterbesetzung der Anlagen. Instandhaltungskräfte weigern sich, Reparaturarbeiten durchzuführen, solange in der unmittelbaren Nähe noch Anlagen in Betrieb sind.




L 11  
 006106  
 3

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

Aus den Anliegerbetrieben und dem VEB Kraftverkehr werden ständig Beschwerden wegen Schwefeläure-Stoßemissionen geführt.

Zu einer weitgehenden Gewährleistung der Anlagen- und Produktionsicherheit wurden durch den Generaldirektor CKB spezifische Sicherheitsmaßnahmen und die Vorbereitung von Maßnahmen zur Katastrophenbekämpfung angewiesen. Neben den erfolgten Maßnahmen zur Stabilisierung der Pauling-Anlagen wurden vom CKB Schritte für Ersatzinvestitionen eingeleitet:

- 1976 - Die Anlage wird dem Politbüro auf Anforderung als besonders instabil genannt. Keine Festlegungen, da Ersatz durch Anlagen in Piesteritz erfolgen sollte.
- 1984 - Mit Nichteinordnung der Ersatzvariante Piesteritz wurde der Vorschlag des CKB zur Stabilisierung und Erweiterung der Hoko-Anlage in CKB Bestandteil eines PMR-Beschlusses.
- der vom CKB vorbereitete NSW-Import mit Inbetriebnahmeternin 12/87 (Gesamtumfang mit Grundmaßnahmen 59,5 Mio M) wurde durch MfC und SPK nicht eingesenkt und dafür ein Import aus der UdSSR vorbereitet.
- 1986 - Die in Jänner in der SU geführten technisch-kommerziellen Gespräche zeigen, daß die sowjetischen Anlagen nicht für die Einsatzbedingungen in CKB geeignet sind. Trotz wiederholter Schreiben reagiert das MfC nicht auf den Sachverhalt und läßt bis Anfang 1987 auch den sowjetischen Anlagenexporteur über einen Vertragsabschluß im unklaren.
- Am 18. 11. 1986 wurde in einer Beratung im MfC mit dem Generaldirektor CKB nach einem Variantenvergleich die Notwendigkeit eines NSW-Anlagenimportes als K-Vorhaben bestätigt. Durch das CKB wurden die dazu notwendigen Schritte eingeleitet.
- 1987 - Im März wurde auf Rückfragen mitgeteilt, daß das Vorhaben Hoko infolge eines Bilanzentscheides zugunsten des IKW III Buna um zwei Jahre zurückgestellt wurde.

Leiter der Bezirksverwaltung  
  
 Schmidt  
 Generalmajor

### 2.3. Kombinat VEB Leunawerke "W. Ulbricht"

#### Zustand und Situation

Am 11. September 1979 sandte die Bezirksleitung der SED in Halle an die Bezirksverwaltung Halle des MfS die "Untersuchungsergebnisse zur Ordnung und Sicherheit" [18, S. 1] mit dem Titel "Darstellung der Situation in ausgewählten Betrieben des Bezirkes unter besonderer Berücksichtigung des Havarie-, Brand- und Störgeschehens" [18, S. 2] vom August 1979 zurück. Darin waren neben allgemeinen Aussagen zur Situation im Bezirk Halle auch solche zum Leunawerk enthalten, die denselben Tenor wie die zu Buna und Leuna hatten.

Der Betriebszustand wurde so beschrieben:


"Der sich ständig verschlechternde technische Zustand der Anlagen in Leuna ...;

Es wird deutlich sichtbar, daß in ... Leuna für ganze Anlagenkomplexe gleichartige katastrophale Zustände wie im CKB zu erwarten sind.

Die Hauptursachen für diese Zustände liegen darin begründet, daß die Instandhaltungsarbeiten z.B. in Leuna ... nur zu 50 % realisiert werden. Es besteht seit Jahren eine erhebliche Differenz zwischen Instandhaltungsbedarf und durchgeführter Instandhaltung." [18, S. 1].

0367

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS  
Bezirksleitung Halle

 SED  
BSU  
090018

Abteilung für Sicherheits-  
fragen

Leiter  
Bezirksverwaltung des MfS  
Genosse Oberst Schmidt

Halle

11. 9. 1979

Lieber Heinz!

In der Anlage sende ich Dir die Information vom 6. 9. 1979  
und die Untersuchungsergebnisse zur Ordnung und Sicherheit  
zurück.  
Letzteres hat der Sekretariat der Bezirksleitung in der  
Sitzung am 5. 9. 1979 zur Kenntnis genommen.

Mit sozialistischem Gruß  
L. Härtel

1 Anlage

Postfach 100  
Telefon: 40000  
Telefax: 40000  
Halle

Postfach der DDR Halle  
Konto-Nr. 311-3-119  
Buchungsschein 180128 4

Zustand und Situation im Leunawerk [18]

0367

MfS  
BV Halle  
AKG

(Härtel/Halle)

1

12. 9. 1979

August 1979

BSU  
090019

Darstellung der Situation in ausgewählten Betrieben des  
Bezirk unter besonderer Berücksichtigung des Havarie-,  
Brand- und Störgeschehens

Der Volkswirtschaft des Bezirkes Halle wurden 1978 und  
1979 durch Brände, Havarien und Störungen erhebliche  
Schäden zugefügt.  
In fast allen Bereichen ist eine steigende Tendenz, ins-  
besondere in der Höhe des Sachschadens und des Produktions-  
ausfalles zu erkennen.  
Die chemische Industrie ist an dieser negativen Entwick-  
lung wesentlich beteiligt und stellt im Bezirk Halle im  
Störgeschehen den absoluten Schwerpunkt dar.  
Dem sehr hohen Störgeschehen in der chemischen Industrie  
stehen zu geringe Anstrengungen der verantwortlichen  
Leiter gegenüber, Maßnahmen zum Abbau der negativen Ent-  
wicklung einzuleiten.

1. Die Situation in der chemischen Industrie des Bezirkes

In den Chemiekombinaten zeigt sich eine ständige, steigende  
Tendenz des Störgeschehens.  
Die Ursachen hierfür sind in folgenden Problemen zu suchen:

- Der sich ständig verschlechternde technische Zustand der  
Anlagen in Leuna, Buna, CKB;  
Es wird deutlich sichtbar, daß in Buna und Leuna für ganze  
Anlagenkomplexe gleichartige katastrophale Zustände wie  
in CKB zu erwarten sind.  
Die Hauptursachen für diese Zustände liegen darin begründet,  
daß die Instandhaltungsarbeiten z. B. in Leuna und Buna  
nur zu 50 % realisiert werden. Es besteht seit Jahren eine  
erhebliche Differenz zwischen Instandhaltungserfordernis  
und durchgeführter Instandhaltung.
- In den Betrieben Leuna, Buna, CKB und Gummiwerk Elbe wird  
lediglich eine Störfeststellung durchgeführt und damit die  
Verfügung 1/78 zur einheitlichen Bearbeitung von Störungen  
im Bereich des MfS nur in äußerst ungenügender Weise durch-  
gesetzt.  
Eine notwendige Störursachenforschung wird nur in den Fällen  
durchgesetzt, wenn außerbetriebliche Kontrollorgane, die  
BVP und des MfS Untersuchungen führen.

BSU  
 090029

2

- Eine Schwachstellen- und Verschleißteillforschung wird selten realisiert;
- Die Direktionsbereiche Sicherheit werden in keinem der genannten Betriebe ihren eigentlichen Aufgaben gerecht;

Es kann eingeschätzt werden, daß wesentliche Zusammenhänge für das Entstehen von Havarien, Bränden und Störungen abzuleiten sind, aus

- Problemen der Leitungstätigkeit
- der Situation auf dem Instandhaltungsektor
- der Arbeitskräftesituation
- der Bearbeitung von Störungen
- der Aktualität der Betriebsvorschriften
- der Schwachstellenforschung
- der Schutzmaßnahmen
- der Wirksamkeit der Betriebsdirektion Sicherheit.

**2. Die Situation im Bereich Energie**

Das Störgeschehen im Bereich der Energie zeigt eine leicht ansteigende Tendenz. Aufgrund des straffen Betriebsregimes in der Energie und der großen Nachfolgeschäden bei Störungen wird in diesem Bereich eine gute Störursachenforschung durchgeführt. Einzelbeispiele der Verschleierung von Störursachen wurden bisher mit dem Kombinatdirektor sofort ausgewertet, so daß Einfluß genommen werden konnte auf eine wehrheitsgemäße Berichterstattung über die Störung und somit zur Einleitung von Maßnahmen zur Veränderung der begünstigenden Bedingungen. Ein großer Teil der Störungen ist auf Fehlhandlungen der Werkstätten zurückzuführen. Die Fehlhandlungen im Bereich der Energie werden jedoch deutlich festgestellt, so daß der Zustand wie im Störgeschehen der chemischen Industrie nicht eintreten kann.

BSU  
 090029

Kombinat VEB Leuna Werke "Walter Ulbricht"

Im Kombinat wurde festgestellt, daß neben den Faktoren der subjektiven Einflüsse, Einstellungen, Haltungen zum Störgeschehen der teilweise erheblich unzureichende Zustand der Anlagen und Ausrüstungen begünstigende Bedingungen und Ausgangspunkte für eine Zunahme der Ausfälle darstellt.

1978 entstand mit 864 gemeldeten Störungen ein Ausfall an Warenproduktion von 191,1 Mio M und 1979 bis 30. 5. mit 333 Störungen ein Ausfall an Warenproduktion von 216 Mio M.

Die offizielle Darstellung des Störgeschehens in Leuna muß jedoch angezweifelt und als verschleiert eingeschätzt werden. So wurden erhebliche Abweichungen zwischen den tatsächlichen Störgeschehen und der offiziellen Erfassung erkannt. Sie liegen nach ersten Einschätzungen zwischen 30 und 50 % über den gemeldeten Störungen.

Die Abweichungen sind erkennbar durch Eintragungen in Schichtbüchern und der Ausfüllung von Störmeldungen sowie zwischen der Ausfüllung von Störmeldungen und der Erfassung in der Direktion Sicherheit.

Unter diesen Bedingungen ist das tatsächliche Störgeschehen weitaus höher als offiziell erfasst und dargestellt wird. Die oberflächliche Bearbeitung der Störungen beginnt im Kombinat bereits in den unmittelbar betroffenen Funktionsabschnitt. Die Störungen werden in vielen Fällen nicht durch die verantwortlichen Leiter gewissenhaft untersucht, wie dies die aus der Verfügung 1/78 des MFC abgeleitete Organisationsanweisung 1058 fordert.

Die befragten Leiter legen dazu:

- daß weiterhin mehr Störungen auftreten als Meldungen abgegeben werden
- daß die Arbeiten zur Ursachenforschung nur wenig oder gar nicht durchgeführt werden
- daß in den Störmeldungen die objektive Ursache nur selten dargestellt wird (in den meisten Fällen wird das eigentliche Ereignis als Ursache gemeldet und nicht ermittelt warum eine Leitung undicht ist, ein Lager ständig warm läuft, ein Motor am Schieber defekt ist).

Folgende Meinungen charakterisieren die Einstellung der Leiter zur Ursachenforschung und Störmeldung:

- viele Störungen fallen auf den Leiter zurück und bringen nur Kritik ein
- mit der Vertuschung von Störungen sollen eigene Mängel verschwiegen werden
- bei Häufung von Störungen wird mit Präventionsabzug gerechnet
- die Abgabe von Störmeldungen ist nur ein administrativer Akt, der keine Veränderung bringt
- durch das Nichtmelden von Störungen wird subjektives Fehlverhalten verschleiert
- zu viel Störmeldungen wirken sich nachteilig auf die Wettbewerbsführung und auf die Störstatistik aus.

BSU  
000027

Die Arbeit der Fachdirektion Sicherheit und die der Sicherheitsinspektoren sowie der Störbeauftragten wird als unzureichend eingeschätzt.

Im Kombinat wird offiziell geäußert, daß die Fachdirektion Sicherheit zu ihrer Sicherheit viel Papier produziert. Die Mitarbeiter sind zu wenig in den Betrieben und delegieren ihre Aufgaben oft an Mitarbeiter der BD weiter. Es fehlt in vielen Fällen eine durchgängige zentrale Führung und Koordinierung. Die Fachdirektion Sicherheit tritt gegenüber den BD als bürokratisches, Berichte sammelndes System auf ohne eine entsprechende Rückkopplung. Die Sicherheitsbeauftragten leisten bei der Durchsetzung der Sicherheitspolitik eine ungünstige Arbeit.

Die Instandhaltung der in Leuna vorhandenen Grundfonds, insbesondere der Produktionsanlagen hat sich in den letzten Jahren zunehmend zu einem Engpaßproblem entwickelt. Die sich gegenwärtig veranschäufende Situation in Form nicht ausreichender Instandhaltungsmaßnahmen ist allen entscheidungsbefugten Kadern bekannt.

Aus dem bestätigten Fünfjahresplan 1986 - 1990 ist die Durchführung einer unzureichenden Instandhaltungsstrategie erkennbar. Es wird eingeschätzt, daß die Instandhaltungskapazität jährlich um 15 % überfordert ist, was sich Risiken ergeben in Form von

- Reduzierung von PKW bis zur teilweisen Stilllegung von Anlagen
- Auflagen staatlicher Organe müssen verschoben werden
- geplante Großreparaturen können nicht im vorgesehenen Rhythmus durchgeführt werden.

Die Differenz zwischen Bedarf und Kapazitäten an Instandhaltungsleistungen zeigt sich in allen BD und wirkt sich in den besonders überalterten und verschlissenen Anlagen nachteilig auf die Betriebs- und Produktionssicherheit aus.

Neben einer Vielzahl von erkannten, technischen und technologischen Schwachstellen im Zusammenhang mit dem Störgeschehen wurde das Problem Korrosion als eine ständig steigende Ursache für Störungen erkannt.

In etwa 40 % der analysierten Störmeldungen wird von den Produktionsbereichen als Störursache Korrosion angeführt. Es kann eingeschätzt werden, daß ein planmäßiges und systematisches Vorgehen auf dem Gebiet des Korrosionsschutzes nicht zu verzeichnen ist.

### 3. Produktions-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeiter, Arbeitskräftesituation

#### 3.1. Kombinat VEB Chemische Werke Buna

##### Aspekte der Arbeitskräftepolitik 1987

Die OD Buna stellte am 9. Oktober 1987 das 28-seitige VVS-Material "Einschätzung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich der OD Buna in Vorbereitung des Planes 1988" [15] zusammen. In das Schriftstück wurden auch verschiedene vom MfS initiierte arbeitskräftepolitische Aktivitäten aufgenommen. Im 1. Abschnitt "Einschätzung der Bereiche und Prozesse sowie Personen im Verantwortungsbereich" [15, S. 1] wurde die Zielrichtung fixiert:

"Dabei konzentrierte sich die op. Sicherungsarbeit hauptsächlich auf die op. Aufgabenstellungen ...

- die zielgerichtete Weiterführung des WiW-Prozesses unter ausgewählten Geheimnisträgern zur Entwicklung op. Materialien." [15, S. 1].

Die ersten Resultate folgten auf der nächsten Seite:

"Im Ergebnis wurde erreicht:

- das Anlegen von 2 OV ...
- die Entwicklung von 3 OPK ...
- die Sicherheitsüberprüfung einer Reihe leitender Kader (Reisekader und Geheimnisträger) im Forschungsbereich.

In den genannten op. Materialien stehen Personen unter op. Kontrolle, die zum überwiegenden Teil in Leitungsfunktionen eingesetzt sind bzw. waren, als Geheimnisträger eingestuft sind und dabei nicht genehmigte bzw. op. bedeutsame Kontakte bzw. Verbindungen teilweise über Familienangehörige unterhalten.

Zu beachten ist weiterhin, daß 1 Angehöriger der wiss.-techn. Intelligenz im Bereich WKZ als ÜE im OV bearbeitet wird ...

Weiterhin konnten im Rahmen der op. Kontrolltätigkeit zu Leitungskadern eine Reihe pol.-op. Unsicherheitsfaktoren herausgearbeitet werden, sowohl unter den Geheimnisträgern als auch NSW-Reisekadern, die aus vorbeugender Sicht im POZW aus diesen Funktionen herausgelöst bzw. deren Einsätze verhindert wurden.

...

Zur Realisierung der op. Sicherungsarbeit stehen gegenwärtig 30 IMS und 2 FIM-Systeme zur Verfügung ... 1987 wurden im Sicherungsbereich 2 IMS neu geschaffen." [15, S. 2].



## 3.2. VEB Chemiekombinat Bitterfeld

## Die tragischen Ereignisse 1980 / 1981

Im folgenden werden MfS-Unterlagen vorgelegt, die im Zusammenhang mit zwei tödlichen Quecksilbervergiftungen von Strafgefangenen aus der StVE Bitterfeld, die im VEB Chemiekombinat Bitterfeld - Bereich Chlor III - zur Arbeit eingesetzt wurden, angelegt worden sind. Es werden lediglich kurze Erläuterungen zu Ereignissen und Sachverhalten gegeben, um die Verständlichkeit zu erhöhen.

Am 12. April 1980 verstarb auf der Intensivstation der Klinik der Karl-Marx-Universität Leipzig ein 30-jähriger Strafgefangener. Obwohl in der anschließenden Untersuchung die Quecksilbervergiftung eindeutig erkannt und auch die katastrophalen Arbeitsbedingungen konstatiert wurden, kam es in der Nacht vom 5. zum 6. März 1981 in der gleichen Klinik zu einem weiteren Todesfall aus ebendemselben Grund, dieses Mal handelte es sich um einen 22-jährigen Strafgefangenen. Weil der erste Todesfall als "unvorsichtige bzw. vorsätzliche Handlung des SG" bagatellisiert wurde, konnte es knapp ein Jahr später zu einem zweiten solchen Fall kommen [40, S. 2].

Am 25. März 1981 wandte sich der Chefarzt BGW des CKB an die Direktion F, um auf weitere gefährdete Personen aus den Reihen der Strafgefangenen hinzuweisen. Er übergab eine Liste derjenigen, deren Blut bzw. Urin Hg-Werte (Quecksilber-Werte) aufwiesen, die die zulässigen Grenzwerte teilweise gravierend überschritten [41].

Die MfS-Abteilung XVIII/BuS fertigte mit dem Datum 1. Mai 1981 einen ausführlichen „Untersuchungsbericht zu tödlichen Quecksilbervergiftungen im CKB“ [40] an, der auch alle Unzulänglichkeiten und Versäumnisse benannte. Die in dem Bereich Chlor III vorgefundenen Arbeitsbedingungen und das soziale Umfeld wurden ausführlich dar- und eine Reihe von Verstößen gegen bestehende Arbeitsschutzanordnungen festgestellt. Auch ein deutlicher Hinweis darauf, daß der erste Todesfall "... im Fernsehen der BRD verallgemeinert und DDR-diskriminierend ausgewertet" wurde, fehlte in der Analyse ebenso wenig wie die Bemerkung, "... daß die Todesursachen sowohl unter den SG als auch unter der CKB-Belegschaft diskutiert werden könnten" [40, S. 7].

BStU  
000008

Anlage 1

Mitteilung von: BGW  
an: Direktion F  
Gen. [REDACTED] persönlich

Bitterfeld, 25. 3. 1981

Einsatz von Strafgefangenen in Chlor I und III

Im Ergebnis einer außerordentlichen Arbeitsberatung am 24. 3. 1981 in der ASI (B) Halle, MR [REDACTED], zu der ich eingeladen war, möchte ich Dir folgenden Sachverhalt mitteilen:

1. Am 9. 3. 1981 ist der zweite Todesfall einer Hg-Intoxikation bei den Strafgefangenen aufgetreten. Es handelte sich um den Patienten [REDACTED], der über 3 Monate in den Hg-Elektrolysen tätig war und bei dem am [REDACTED] 1981 vom Hauptlabor folgende Hg-Werte im Körper ermittelt wurden:

Urin 1 520 µg Hg/l  
Blut 5,0 µg Hg/liter

2. Zulässige Grenzwerte nach Mitteilung des Zentralinstitutes für Arbeitsmedizin Berlin:

Urin: maximal 100 µg Hg/l  
Blut: maximal 1,0 µg Hg/l

3. Nach Analysenprotokollen von P 1/Hauptlabor in den vergangenen Wochen sind zulässige Grenzwerte bei folgenden Strafgefangenen weit überschritten:

Name	µg Hg/l Blut	µg Hg/l Urin
[REDACTED]		504
[REDACTED]		172
[REDACTED]		396
[REDACTED]		280
[REDACTED]		109
[REDACTED]		360
[REDACTED]		235
[REDACTED]		110
[REDACTED]	7,0	
[REDACTED]	6,0	
[REDACTED]	10,0	
[REDACTED]	4,3	
[REDACTED]	4,3	
[REDACTED]	5,7	
[REDACTED]	5,6	
[REDACTED]	7,6	
[REDACTED]	14,3	
[REDACTED]	13,4	

Mitteilung des Chefarztes BGW CKB an die Direktion F vom 25.03.81 [41]

BSTU  
000009

2

Name	$\mu\text{g Hg/l Blut}$	$\mu\text{g Hg/l Urin}$
[REDACTED]	7,0	
[REDACTED]	8,6	
[REDACTED]	6,2	
[REDACTED]	5,0	
[REDACTED]	10,2	
[REDACTED]	9,1	
[REDACTED]	12,1	
[REDACTED]	1,7	
[REDACTED]	9,9	
[REDACTED]	6,1	
[REDACTED]	7,2	
[REDACTED]	8,5	

4. Um weitere Todesfälle zu vermeiden, sind die unter Punkt 3 genannten stark gefährdeten Strafgefangenen sofort aus den Hg-Elektrolysen zu eliminieren.

5. Als Anlage übermittle ich Dir das von mir erarbeitete Förderungsprogramm zur Durchführung medizinischer, technischer und sozialer Maßnahmen zur Gewährleistung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Strafgefangenen in den Hg-Elektrolysen.

Ich erwarte, daß kombinatorisch eine Ergänzung und Präzisierung des technischen und sozialen Teiles erfolgt.

Anlage [REDACTED]  
- Chefarzt BOW CKB

Verteiler  
GD Gen. Schwarz persönlich  
SED LL Gen. Prayowski persönlich  
IV Gen. [REDACTED] persönlich  
S Gen. [REDACTED] persönlich  
W Gen. [REDACTED] persönlich  
Strafvollzug Gen. [REDACTED] persönlich

BSTU  
000001

Abteilung XVIII/BuS Halle, 1. 5. 1981

Untersuchungsbericht  
zu tödlichen Quecksilbervergiftungen in CKB

1. Darstellung der Ereignisse

Der ehemalige Strafgefangene (SG) [REDACTED]  
[REDACTED] 1951 in [REDACTED]

Am 31. 3. 1979 von der UHA Dresden zur Strafverwirklichung in die StVE Bitterfeld. Der [REDACTED] war wegen Verletzung der Strafrechtsnormen gemäß §§ 213 StGB vom Kreisgericht Dresden verurteilt.  
Die Haftstrafe war vom 6. 8. 1979 bis 6. 1. 1980 festgelegt.

Nach dem Aufnahmeverfahren in der StVE wurde er ab 12. 9. 1979 zur Arbeit in AAK des VHS CKB - Bereich Chlor 3 - eingesetzt. In diesem Bereich kommen ausschließlich SG zur Herstellung von Chlor zum Einsatz. Zur Reinigung des Chlors wird Quecksilber verwendet.

Am 20. 3. 1980 begab sich der SG [REDACTED] in der StVE Bitterfeld in ärztliche Behandlung, da er unter starken Nierenschmerzen zu leiden hatte. Im Krankenrevier der StVE wurde er sofort aufgenommen und behandelt. Die ärztliche Behandlung brachte jedoch keine wesentliche Besserung des Gesundheitszustandes. Am 3. 4. 1980 stellte sich zusätzlich Brechreiz ein, worauf ein weiterer Arzt (Chirurg) konsultiert wurde, welcher sofort die stationäre Behandlung im Haftkrankenhaus Meusdorf veranlaßte und der [REDACTED] noch am gleichen Tage eingewiesen wurde.

Die medizinischen Untersuchungen im Haftkrankenhaus Meusdorf ergaben eine Quecksilbervergiftung, die das Nierenversagen zur Folge hatte.

Daraufhin wurde sofort eine Haftunterbrechung beantragt und der [REDACTED] noch am gleichen Tage (11. 4. 1980) durch die dringende medizinische Hilfe in die Karl-Marx-Universitätsklinik Leipzig überführt und in der Intensivstation aufgenommen. Trotz eingeleiteter Intensivbehandlungen verstarb der [REDACTED] am 12. 4. 1980.

BSU  
000002

2

Die am 15. 4. 1980 durchgeführte gerichtsmedizinische Sektion ergab als Todesursache Quecksilbervergiftung. Der Sektionsbefund des Institutes für gerichtliche Medizin und Kriminalistik Leipzig vom 10. 6. 1980 weist toxische Quecksilberbeeinflussungen aus, wobei die Blut- und Leberwerte deutlich über dem Normalwert liegen. Deutliche Anzeichen von Quecksilbervergiftungen waren insbesondere erkennbar an:

- Starke Schwellungen der Beine
- geringere Schwellungen der Arme und des Rumpfes
- großflächige Hautunterblutungen an Beinen und Rumpf
- Ansammlung großer Flüssigkeitsmengen in der Brusthöhle
- starke Schwellung der Leber mit nachweisbaren Unterzügen von Lebersellen in den Zentren der Leberlappchen
- starke Schwellungen der Nieren
- toxisch-chemischer Nachweis von Quecksilber im Blut und in der Leber

Auf Grund der durch die gerichtsmedizinische Sektion festgestellten Todesursache ergab von der BdVP Leipzig/MUK ein Ersuchen an die BdVP Halle/MUK zur Feststellung, in welcher Weise der [REDACTED] im Arbeitsbereich des CKB mit Quecksilber in Berührung gekommen sein kann. Diese MUK-Untersuchungsergebnisse bestätigten, daß die Tätigkeit im AAK CKB - Bereich Chlor III - mit einer überdimensionierten MAK-Wertbelastung der SG verbunden ist (MAK-Wert = maximale Arbeitsplatzkonzentration). Weitere Untersuchungen erfolgten in diesem Zusammenhang durch die DVP des Bezirkes Halle nicht.

Die Quecksilbervergiftung des ehemaligen SG [REDACTED], die ursprünglich für dessen Tod war, wurde somit zum damaligen Zeitpunkt als unvorsichtige bzw. vorsätzliche Handlung des SG im Umgang mit Quecksilber (Hg) definiert. Damit blieben entscheidende und notwendige Veränderungen arbeitsorganisatorischer und technischer Art im Bereich Chlor III bei SG-Einsatz aus und somit wurden mögliche Vorbeugemaßnahmen nicht wirksam.

Am 6. 3. 1981 verstarb ein weiterer SG, der im gleichen Arbeitsbereich wie ehemals der verstorbene SG [REDACTED] tätig war, an gleichartigen Quecksilbervergiftungen.

Der jetzt verstorbene SG

[REDACTED]  
[REDACTED] 1959 in [REDACTED]  
PKE: [REDACTED] 594 [REDACTED]

war von Beruf Landmaschinenschlosser und war bis zum Zeitpunkt seiner Inhaftierung am 11. 11. 1980 als Lagerarbeiter im VEB Getreidewirtschaft [REDACTED] tätig.

000003

3

[REDACTED] war ledig und wuchs bei seinen Großeltern [REDACTED] und [REDACTED] in [REDACTED] auf.

Das Kreisgericht Kyritz verurteilte [REDACTED] am 13. 9. 1980 gem. §§ 213 (1) und (4); 201 (1) und (3); 21 (3); 63 (2) StGB zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten. Strafbefehl war am 12. 7. 1981 festgelegt.

Am 11. 11. 1980 begann er im AAK CKB Bitterfeld im Bereich der Chlorelektrolyse seine Tätigkeit. Am 20. 2. 1981 wurde der SG [REDACTED] beim Leiter der Medizinischen Dienste in der StVE Bitterfeld vorstellig und klagte über geschwollene Füße. Im Ergebnis der Untersuchung des SG [REDACTED] wurde von [REDACTED] (StVE Bitterfeld) eine akute Nierenschwundung diagnostiziert. In diesem Zusammenhang wurden Urin- und Blutuntersuchungen veranlaßt. In der medizinischen Analysenbescheinigung Nr. 467/81 wird dabei für den SG [REDACTED] ein Quecksilbergehalt im Urin von 1520 µg Hg/Liter und im Blut von 5 µg Hg/Liter festgestellt. Daraufhin wurde der SG [REDACTED] am 25. 2. 1981 in das Haftkrankenhaus Leipzig eingewiesen. Auf Grund des sich verschlechternden Gesundheitszustandes wurde er nach erwirkter Haftunterbrechung am 27. 2. 1981 in die Karl-Marx-Universitätsklinik Leipzig zur Intensivbehandlung verlegt. Die eingeleitete Intensivbehandlung in dieser Klinik blieb jedoch ohne Erfolg, so daß der SG [REDACTED] in der Nacht vom 5. zum 6. 3. 1981 an akuter Quecksilbervergiftung verstarb. Die Krankheits Symptome und die Ergebnisse der gerichtsmedizinischen Sektion der Leiche [REDACTED] gleichen sich mit denen des 1980 verstorbenen [REDACTED].

## 2. Untersuchungsergebnisse im medizinischen Bereich CKB/StVE

Mit dem Tod des SG [REDACTED] wird die BuX der BdVP Halle vom Dezernat II am 9. 3. 1981 mit der Untersuchung der Bedingungen und Umstände, die zum Tode führten, beauftragt.

Dabei ergibt sich bisher folgender operativer Untersuchungsstand:

[REDACTED] als Leiter des medizinischen Dienstes der StVE Bitterfeld hat die Blut- und Urinanalysenergebnisse der vom SG [REDACTED] am 24. 2. 1981 entnommenen Proben erst am 2. 3. 1981 zur Bewertung erhalten.

In diesem Befund wird der hohe Quecksilbergehalt im Urin angezweifelt, da die Urinprobe angeblich in einen ungeeigneten Gefäß angeliefert wurde.

Weiterhin ist bedeutsam, daß bereits am 17. 11. 1980, also eine Woche nach Arbeitsaufnahme des [REDACTED] im Chlorbetrieb eine Urinprobe den Wert von 145 µg Hg/Liter ergab.



BS:U  
000004

4

Dieser ermittelte Wert ist auf Grund der Kürze der Beschäftigungsdauer entschieden zu hoch und hätte als ernstzunehmendes Zeichen sofortige Reaktionen verlangt. Dies erfolgte jedoch nicht.

Von allen Strafgefangenen im Chlorbetrieb wurden dann wiederum am 17. 2. 1981 Urinproben entnommen. Darunter auch eine Urinprobe des SG ■. Im Hauptlabor des CKB zeigte sich die Urinprobe des SG ■ als eine grüne, stark schleimige und getrübbte Flüssigkeit, so daß von Laborpersonal des CKB daran gezweifelt wurde, ob es sich überhaupt um Urin handelte. Auf Grund dieses Zweifels wurde diese Probe des SG ■ gar nicht erst untersucht. Vornachmittags wurde dazu herausgearbeitet, daß eine im Krankenhaus vom SG ■ entnommene Urinprobe im März 1981 genauso ausgesehen haben soll, untersucht wurde und dabei der Wert von 1520 µg Hg/Liter ermittelt wurde.

Anmerkung:

Zulässige maximale Grenzwerte sind nach Mitteilung des Zentralinstitutes für Arbeitsmedizin Berlin:

- Urin: maximal 100 µg Hg/Liter
- Blut: maximal 1 µg Hg/Liter

Damit kann angenommen werden, daß die angeblich "zweifelhafte" Urinprobe vom 17. 2. 1981 bei exakter analytischer Laboruntersuchung diese signalisierenden Werte bereits hätte erkennen lassen.

Ein weiteres Symptom der akuten Quecksilbervergiftung am 17. 2. 81 war beim SG ■ die Tatsache, daß bei Druck auf die geschwellenen Füße die Druckstellen als Löcher kurzzeitig erhalten blieben.

Die Einsichtnahme in die Analysenbescheinigung Nr. 473/81 vom 25. 2. 1981 über Urinuntersuchungen aller Strafgefangenen, die im Chlorbetrieb des CKB eingesetzt sind, ergab, daß bei 30 SG weit über den zulässigen Höchstwerten liegende Hg-Werte in Blut und Urin festgestellt wurden und eine vorliegende Mitteilung des CKB vom 25. 3. 1981 weist bei 30 SG Überschreitungen um das 14-fache (Blut) und 5-fache (Urin) aus. (Anlage 1).

3. Untersuchungsergebnisse im technischen Bereich der Chlorelektrolyse

In die Untersuchungstätigkeit zum Tod des SG ■ wurde die Arbeitsschutzinspektion Halle eingeschaltet. Deren Untersuchungen wurden auf der Grundlage der ASAO 723/2 (Gesetzblatt Sonderdruck 797 vom 5. 5. 1975) "Arbeiten mit Quecksilber und seinen Verbindungen" durchgeführt.

BS:U  
000005

5

Im Ergebnis der Betriebskontrolle (bei Vorhandensein der SG) wurden Verstöße gegen die o. g. ASAO folgender Art festgestellt:

- keine schwarz-weiß-Trennung der Arbeitsbekleidung
- durch metallisches Quecksilber verursachter defekter Fußboden
- durch notwendige Sicherheitsmaßnahmen des Strafvollzuges wurden natürliche Be- und Entlüftungsöffnungen im Bauwerk zugemauert bzw. anderweitig verschlossen und ein nachträglicher Einbau künstlicher Zwangslüftungseinrichtungen nicht vorgenommen
- fehlende Zwangsabsaugung von Quecksilberdämpfen an den Elektrolysezellen
- Nichtvorhandensein von Hg-Auffangeinrichtungen (Sammelbecken)
- neben den im Zellenaal (Keller) auffindbarem Quecksilber wird das darunter befindliche Kellergeschoß nur diskontinuierlich (in großen Abständen) in Reinigungsarbeiten einbezogen, so daß der Fußboden im Keller völlig mit Quecksilberkügelchen versehen war.

Durch die unterlassene schwarz-weiß-Trennung und das Benutzen der Arbeitsbekleidung der SG als Wegekleidung sowie das längere Benutzen der Unterwuschelkan es bereits zur Verseuchung der SG-Unterkünfte. Die in der strafvollzugseigenen Wäscherei gewaschene quecksilberbehaftete Arbeitskleidung führte ebenfalls schon zur Überschreitung der MAK-Werte in der Wäscherei. In den zum SG-Transport benutzten Bussen wurde ebenfalls Quecksilber festgestellt. Diese Busse wurden auch für den zivilen Berufsverkehr eingesetzt.

Die Forderungen der ASAO 723/2 § 2 nach Absaugung von Quecksilberdämpfen an allen Böden ist nicht gewährleistet. Bedingt durch den SG-Einsatz sind natürliche Gebäudeöffnungen (Fenster, Türen, Luken, Lichtschächte usw.), die als Fluchtwege klassifiziert wurden, dicht verschlossen worden. Der übermäßig poröse und teilweise defekte Fußboden im Bldersaal läßt die Ansammlung und damit Anhäufung von Quecksilber zu. Am Tage der Überprüfung wurden zwischen den Böden, in Fußbodenvertiefungen, Ritzen, Kanten u. ä. größere Mengen von metallischem Hg sichtbar festgestellt.

Vorhandene Deckendurchbrüche zum Kellergeschoß (teilweise offene Rohrleitungen mit 150 mm Durchmesser) begünstigen die Ansammlung von Hg im Kellergeschoß.



BSIU  
000006

6

Weiterhin wird die in der ASAO 723/2 geforderte persönliche Hygiene der SG in den Dusch- und Umkleidekabinen (Zähneputzen mit Mundwasser, Waschen etc.) nicht genügend umgesetzt, so daß eine Verschleppung der Hg-Angiftungen in die Einrichtungen des Strafvollzuges und für andere CKB-Angehörige zugängliche Bereiche (Verkehrsmittel, Speiseräume, EBbestecke und Geschirr) begünstigt werden.

Die Arbeitsschutzinspektion vertritt in ihrer Stellungnahme vom 24. 4. 1981 den Standpunkt, daß der derzeitige Zustand in der Chlorelektrolyse des CKB, unter Berücksichtigung des SG-Einsatzes, in der Perspektive weitere Gefährdungen der Gesundheit der dort Beschäftigten infolge Hg-Vergiftungen nicht ausschließt und wird zu Maßnahmen von Aufgabenerfüllungen und Veränderungen der Situation fordern.

#### 4. Technologie der Chlorelektrolyse/Gefährdungszustand

Bei der Kalilaugeherstellung nach dem im CKB praktizierten "Anlagen-Verfahren" werden in den Chlorelektrolysen Graphitelektroden eingesetzt. Diese unterliegen der elektrolytischen Zersetzung (Anode) und damit einer starken Verschleiß. Von insgesamt 63 Anoden müssen 20 - 25 und 8 - 10 Anoden zum Wechsels aus den Bädern abgezogen werden. Beim Öffnen der Bäder und dem Herausziehen der verschlissenen Anodenreste tropft aus den anhaftenden Graphitschlamm metallisches Quecksilber in den Zellenraum. Wegen den beim Öffnen der Bäder auftretenden Quecksilberdämpfen verdampft das abtropfende Quecksilber auf Grund seiner niedrigen Verdampfungstemperatur (schon bei Raumtemperatur um 20 °C). Diese Dämpfe, die auf Grund der fehlenden Be- und Entlüftung ständig im Raum sind, sind die SG ständig ausgesetzt und atmen diese Dämpfe ein. Auf Grund der Eigenschaften von Hg-Dämpfen, sich bei niedrigen Temperaturen wieder zu kondensieren, kommt es dazu, daß in der Arbeitskleidung haftende Dämpfe in den Unterkleiden als metallisches Quecksilber auftreten und dort wiederum verdampfen und die Atmosphäre quecksilberverseuchen kann.

In den Körper eingestragene Hg-Dämpfe werden auf Grund der Körpertemperatur von 37 °C nicht kondensiert, so daß sie in Lunge, Niere und Blutbahn diffundieren und dort zur Zersetzung des Blutes, (Trennung der Blutzusammensetzung) führen. Ein Ausstoß dieser Gifte erfolgt dann vom Körper über die Gewebezellen nach außen, führt zu den auf Seite 2 genannten äußerlich sichtbaren Vergiftungssymptomen. Hinzu kommen Schwindelgefühl, Brechreiz, Gedächtnisschwund u. a. psychische Auswirkungen.

BSIU  
000007

7

#### 5. Operative Bewertung der Untersuchungsergebnisse

Von der BfU der BdVP Halle werden die operativen Untersuchungen im Angeigeverfahren nach § 114 StGB (Verdacht der fahrlässigen Tötung) geführt. Dabei erfolgt eine Zusammenarbeit mit der ASH Halle.

Die bisherigen Untersuchungsergebnisse weisen aus, daß sich die gesetzlichen Normative des Gesundheits- und Arbeitsschutzes (ASAO 723/2) bei Anerkennung und Einhaltung der mit dem Strafvollzug verbundenen Sicherheitsvorschriften nur schwer durchsetzen lassen. Trotz von CKB an die StVE gegebenen Hinweise und Bedenken über nicht realisierte Gesundheits- und Arbeitsschutzkriterien und damit verbundene Gefährdungsmöglichkeiten der SG, wurden die Sicherheitsvorkehrungen des Strafvollzuges prioritativ durchgesetzt. Darüber hinaus ist einzuschätzen, daß die medizinische Abstimmung und Informationsgebung zwischen CKB ( ) und StVE ( ) zum Komplex Gesundheitsprophylaxe der SG nicht optimal gestaltet ist, so daß es zu ernststen Informationsverlusten und damit Ausbleiben notwendiger Maßnahmen bei akuten Krankheitsbildern kommt.

Es macht sich unbedingt erforderlich, die prophylaktischen, therapeutischen und Nachuntersuchungen der SG qualitativ und quantitativ zu verbessern. Ein "Rat-Austausch" vergifteter SG (so wird es nach dem 2. Halbesfall praktiziert) kann nicht der alleinige Lösung sein.

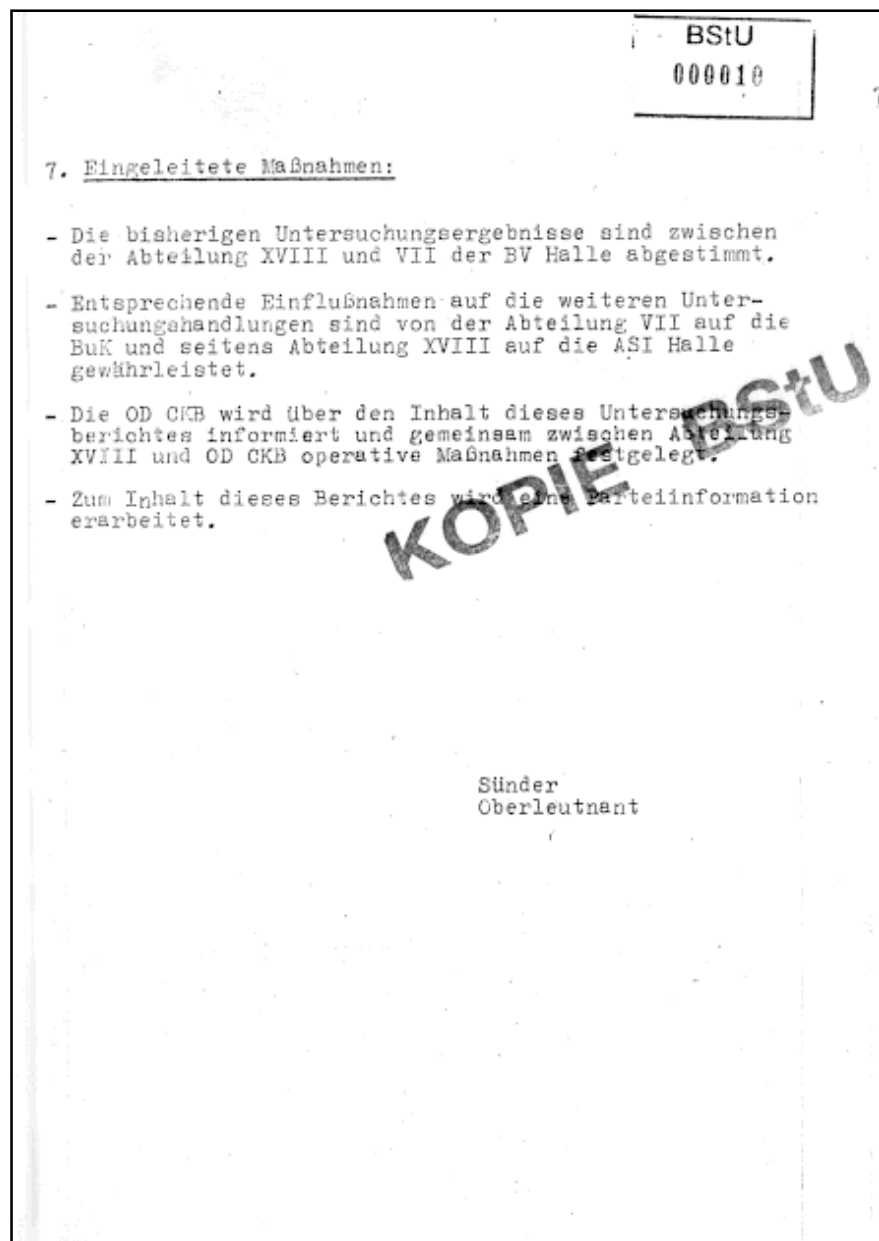
In einem vom CKB erarbeiteten Maßnahmenplan zur Verminderung der Hg-Vergiftungen vom 13. 4. 1981 sind bereits erste terminisierte Sofortmaßnahmen fixiert, die jedoch einen finanziellen Aufwand von rund 50 TM ausweisen.

#### 6. Politische Auswirkungen der Quecksilbervergiftungen

Der Tod des 1980 verstorbenen SG wurde im Fernsehen der BRD verallgemeinert und DDR-diskriminierend ausgewertet.

Da die Eltern des 1981 verstorbenen SG ebenfalls in der BRD leben, ist eine Informationsgebung über die in Kyrin lebenden Großeltern des in die BRD nicht auszuschließen.

Es besteht ebenfalls die Möglichkeit, daß die Todesursachen sowohl unter der SG als auch unter der CKB-Belegschaft diskutiert wurden. Bisher sind solche Erscheinungen jedoch nicht bekannt geworden. Es deutet sich jedoch an, daß im CKB Diskussionen in Gang kommen, die das Verbot von SG-Einsatz in Chlor-Bereich fordern.



Am 24. Juli 1981 wandte sich der Leiter des Strafvollzuges Bitterfeld an den 1. Sekretär der Industriekreisleitung der SED und meldete ihm allerlei positive Dinge über das gerade vergangene 1. Halbjahr. Der Todesfall vom 5./6. März kam darin nicht vor, allenfalls auf der Seite 3 unter der Rubrik der "meldepfl." Unfälle [42, S. 3]. Demgegenüber verbreitete er sich nach erneuter Anrede des "Genossen Erster Sekretär!" über "Initiativen in Vorbereitung und Auswertung des X. Parteitages ...". Was mag wohl "... auf der Kampfberatung im Monat April 1981" besprochen worden sein? Zum Schluß ging es dann weiter "Unter Führung unserer Partei kämpfen wir auch weiterhin um noch höhere Ergebnisse bei der Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung ..." [42, S. 6].

In seiner "KURZEINSCHÄTZUNG zur Situation in den Chlorbetrieben" vom 06.04.83 zwei Jahre später mußte derselbe Leiter des Strafvollzuges immer noch feststellen, daß "Von JANUAR 1982 bis MÄRZ 1983 109 Gesamtherauslösungen" erfolgen mußten. "Bei der Entlassung erhält jeder Strafgefangene eine Karte, siehe Anlage, für die Nachbetreuung in seinem Heimatort." Die Arbeitsbedingungen hatten sich offensichtlich nur geringfügig verbessert. Die genannte Karte ist leider nicht in den ausgewerteten Unterlagen enthalten [43].

In einer "Aktennotiz" der Kombinarsleitstelle des CKB vom 30.03.83 wurde auf eine Darstellung der Vorgänge in der FAZ vom 25.03.83 verwiesen und auch gleich Herkunft und Verwendung fixiert: „Durch die Objektdienststelle des CKB wurde eine Kopie des Materials zur Verfügung gestellt, die als Anlage beigelegt und nur personengebunden zu verwenden ist.“ [45, S. 1, 6]. Der Artikel selbst liegt als Xerox-Kopie des VEB Zeitungsausschnittendienst Globus ebenfalls in den Akten [44]. An diesem Tag enthielt die FAZ außerdem einen ausführlicheren Artikel, in dem auch die Quelle der Informationen benannt wurde: "Wie erst jetzt bekanntgeworden ist, berichteten darüber sechs ehemalige DDR-Gefangene, die aus politischen Gründen in der Strafvollzugseinrichtung Bitterfeld inhaftiert waren, Ende vergangenen Jahres" [19]. Der Tagesspiegel in Westberlin berichtete analog. Auf eine neuerliche Berichterstattung zu diesem Thema in der "Morgenpost" am 20. August 1983 [20] reagierte die BV Halle am 25. August 1983:

"-es handelt sich um die gleichen Sachverhalte wie vor Monaten

...

- aus der StVE Bitterfeld wurden seit März 1983 102 Häftlinge auf Sonderdokumente übersiedelt, so daß das nochmalige Aufgreifen dieser Problematik durch Äußerungen aus diesem Kreis möglich ist." [21]

Der Leiter

**BSiU**  
**000011**

**Vertrauliche Dienstsache**

Nachweis- Bereich	Ud. Nr.	Jahr	Ausf. Nr.	Blatt
Lk.	706	87	4	7-6

1. Sekretär der  
Industriekreisleitung der SED  
Genossen Werner Czogalla

4400 Bitterfeld

Zie/Th 24. Juli 1981  
Tgb. 437/87

Werter Genosse Erster Sekretär!

Zur Lage in den Arbeitseinsatzbetrieben des VEB Chemiekombi-  
nist Bitterfeld im I. Halbjahr 1981 kann ich einschätzen:

1. Die zentralen Festlegungen hinsichtlich der Gewähr-  
leistung der Planvorgaben für den Einsatz der Strafg-  
efangenen konnten im I. Halbjahr 1981 im wesentlichen  
erfüllt werden.

	Plan	Ist	%
Ø	520	511	98,3

Die geringe Unterschreitung der Planvorgaben resultiert  
im wesentlichen aus der Zusammensetzung der Zugänge an  
Strafgefangenen. Hier ist zu verzeichnen, daß die Anzahl  
der Strafgefangenen, die zu Arbeiten mit "Aufsicht durch  
Betriebsangehörige" eingesetzt werden können (KAS, Chrom-  
oxyd), geringer geworden ist. Damit ist mir die volle Be-  
setzung dieser Bereiche nicht immer möglich.  
Die Verschiebungen in den anderen Arbeitsbereichen erge-  
ben sich aus dem jeweiligen konkreten Bedarf bzw. aus  
der entsprechenden Qualifikation der mir zur Verfügung  
stehenden Strafgefangenen.

In den einzelnen Arbeitseinsatzbereichen ergibt sich für  
das I. Halbjahr 1981 folgende Übersicht:

Schreiben des Leiters des Strafvollzuges Bitterfeld an den 1. Sekretär der  
Industriekreisleitung der SED Bitterfeld vom 24.07.81 [42]

**BSiU**  
**000012**

Ltr. 106/81 Bl. - 2 -

	Plan	Ist	%
P 3 Hz Blockg./ Strangpresserei	192	187,2	97,5
P 4 / FC FC	72	80,3	111,5
P 2 /KO KAS	53	47,8	90,2
P 1 / E I Chlor I	48	39,5	82,3
P 1 / Ch Chlorat	40	44,3	110,7
P 3 /SM Ferro	37	40,5	109,5
P 1 / Chr Chromoxyd	10	5,2	52,0
P 1 / E III Chlor III	65	66,0	97,1
<b>GESAMT:</b>	<b>520</b>	<b>511,0</b>	<b>98,3</b>

2. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1980 erhöhten  
sich die Ausfallzeiten im I. Halbjahr 1981 auf durch-  
schnittlich 8,35 Std. je SG/Monat.  
Demgegenüber ist jedoch eine Senkung der Ausfallzei-  
ten wegen Arrest von 0,09 Std. auf 0,001 Std. je SG/  
Monat zu verzeichnen. Die Senkung dieser Ausfallzei-  
ten beruhen auf die wirksamere Anwendung der Möglich-  
keiten des Strafvollzugsgesetzes in Bezug auf die  
Disziplinarmaßnahmen.

Den Schwerpunkt bei den Ausfallzeiten wegen Krank-  
heit bildet dabei das Unfallgeschehen. Hier ist im  
I. Halbjahr 1981 gegenüber dem II. Halbjahr 1980  
eine deutliche Steigerung, sowohl bei den melde-  
pflichtigen als auch nichtmeldepflichtigen Unfällen,  
zu verzeichnen.  
Eine mehr negative Entwicklung erfolgte im Bereich  
Chlor I. Dort erhöhten sich die meldepflichtigen  
Unfälle um 7 auf insgesamt 15 und nichtmeldepflich-  
tige um 1 auf 4. Demgegenüber steht eine positive  
Entwicklung in der Blockgießerei/Strangpresserei.



BSU

000013

Ltr. 106/81 Bl. - 3 -

Hier konnten die meldepflichtigen Unfälle von 16 auf 4 gesenkt werden. Darin kommt zum Ausdruck, daß die eingesetzten Betriebsangehörigen ihren Einfluß auf die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen entscheidend erhöht haben und besonders durch die Betriebsleitung das Hauptaugenmerk auf diesen Schwerpunkt gelenkt wurde.

In den Chlorbetrieben gab es eine Reihe von Verstößen gegen die Bestimmungen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes. Zur Beseitigung dieses Schwerpunktes wurden entsprechende Maßnahmen getroffen, die durch mich laufend kontrolliert werden. Nach ersten Ergebnissen muß ich jedoch einschätzen, daß diese Maßnahmen schneller und unbürokratischer durchgesetzt werden müssen, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden. Dieses Problem steht zur Zeit in unserer Führungs- und Leitungstätigkeit an vorderster Stelle.

Die Entwicklung des Unfallgeschehens in den einzelnen Arbeitseinsatzbereichen zeigt sich wie folgt:

	II./1980	nicht-meldepfl.	I./1981	nicht-meldepfl.
Chlor I	8	3	15	4
Chlor III	3	3	3	2
Chlorat	4	4	7	4
Chromox.	-	-	-	-
FC	-	1	4	5
Ferro	1	2	5	1
KAS	2	-	3	-
Blockg./Strang.	16	4	4	6

Chlor I	8	3	15	4
Chlor III	3	3	3	2
Chlorat	4	4	7	4
Chromox.	-	-	-	-
FC	-	1	4	5
Ferro	1	2	5	1
KAS	2	-	3	-
Blockg./Strang.	16	4	4	6

3. Zur Normerfüllung kann eingeschätzt werden, daß in allen Bereichen in allen Monaten eine Übererfüllung erfolgte. Dabei ist in allen 8 Arbeitsbereichen eine Normerfüllung von 102,2 % im Durchschnitt erzielt worden.

BSU

000014

Ltr. 106/81 Bl. - 4 -

Um vor allem auf dem Gebiet der Qualität eine weitere Verbesserung zu erreichen, wird ab September 1981 in Verbindung mit der Betriebsakademie des VAB OAB die Berufsausbildung bzw. berufliche Qualifizierung für die jeweiligen Aufgaben im Rahmen des Arbeitseinsatzes durchgeführt. Gleichzeitig werden damit die Forderungen des StVG noch konkreter durchgesetzt.

4. Im Neuerwerbsbereich ist gegenüber dem Vorjahr wieder ein Ansteigen zu verzeichnen. So wurden im I. Halbjahr 1981 bereits 37 Neuerervorschläge, das entspricht 82,2 % der Gesamtzahl von 1980, eingereicht. Hierin zeigt sich, daß in den einzelnen Arbeitseinsatzbereichen wieder mehr Aktivitäten entwickelt wurden. Insgesamt muß aber gesagt werden, daß trotz der steigenden Zahl die rotenzen noch nicht voll ausgeschöpft werden und vor allem die Zeit der Bearbeitung und Realisierung verkürzt werden muß.

5. Bei der Zusammensetzung des Strafgefangenenbestandes setzt sich die negative Entwicklungstendenz von 1980 fort. So stieg der Anteil der vorbestraften SG sowie der Strafgefangenen im Alter bis zu 25 Jahren weiter an. Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der wegen § 213 StGB verurteilten bzw. vorbestraften Strafgefangenen. Dadurch ist weiterhin ein verstärktes negatives bzw. aggressives Verhalten der SG gegenüber den Betriebsangehörigen möglich. Hierdurch gibt es bestimmte Probleme bei der Festlegung der Arbeitseinsatzbereiche unter Berücksichtigung der notwendigen Sicherheitsbestimmungen. Für mich ergibt sich daraus die Notwendigkeit, bei meinen Sicherheitskontrollen die Forderungen zur Erhöhung der Sicherheit ständig zu präzisieren und auf den aktuellsten Stand zu bringen.

6. Entsprechend dem bestätigten Planes wurden im I. Halbjahr 1981 die Schulungen mit den Betriebsangehörigen mit hoher Qualität durchgeführt. Der Einsatz von Lektoren der Betriebsakademie wirkte sich positiv aus. Bei den durchgeführten Diskussionen konnten wertvolle Erfahrungen, besonders zur Erhöhung der Sicherheit und zur Anwendung wirksamerer Erziehungsmethoden, gesammelt und verallgemeinert werden.

Es trat trotzdem wiederum in Erscheinung, daß 5 Betriebsangehörige aus den Arbeitseinsatzbereichen herausgelöst werden mußten, da sie in größtmöglicher Weise gegen Bestimmungen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung verstoßen hatten.

BSU  
000015

Ltr. 106/81 Bl. - 5 -

Probleme gibt es nach wie vor mit der Teilnahme der Betriebsangehörigen an den Schulungen. Unter Berücksichtigung der Gesamtzahlen aus den ersten beiden Quartalen ergibt sich folgender Stand:

	I. Halbjahr 1981	
	Soll	Ist
Chlor I	28	20
Chlor III	48	26
Chlorst	50	10
PC	72	44
Ferro	34	30
KAS	54	31
Blockg./ Strangpr.	144	91
Chromoxyd	8	-

Damit wurde den weisungsmäßigen Forderungen, daß alle bestätigten Betriebsangehörigen an den angesetzten Schulungen teilnehmen haben, nicht nachgekommen.

7. In meinen halbjährlichen Kontrollen in den Arbeitsbereich konzentriere ich mich ständig auf die Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung. Neben der Verhinderung von Störungen aus straffollzugsspezifischen Gründen geht es mir vor allem um die Effektivität des Einsatzes der Strafgefangenen und damit verbunden um die Erreichung hoher Produktionsergebnisse. Grundlage dafür bildet unter anderem die Schaffung der sozialen Voraussetzungen. Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 20. 01. 1981 mitteilte, sind nach wie vor die sozialen Bedingungen im Bereich Ferro-Hütte völlig unzureichend. Die gelieferten Raumzellen wurden bis heute noch nicht aufgestellt und sind weiterhin dem Zerfall ausgesetzt. Alle von mir gestellten Forderungen zur Reglementierung dieser Maßnahmen wurden bisher nicht erfüllt.

Neben diesem Problem betrachte ich als Hauptschwerpunkt die abstrichlose Durchsetzung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes in den Bereichen Chlor I und Chlor III.

Ich möchte Sie bitten, im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten die zuständigen Parteiorganisationen auf diese Probleme aufmerksam zu machen, damit es zu keinerlei Verstößen gegen bestehende Bestimmungen kommen kann.

BSU  
000016

Ltr. 106/81 Bl. - 6 -

Genosse Erster Sekretär!

Zusammenfassend kann ich einschätzen, daß es besonders durch die Initiativen in Vorbereitung und Auswertung des X. Parteitages der SED weitere positive Ergebnisse erreicht wurden.

Einen wesentlichen Anteil hatte der umfassende Meinungsaustausch auf der Kampfberatung im Monat April 1981.

Es hat sich gezeigt, daß im gemeinsamen Wirken zwischen Strafvollzugseinrichtung und Betrieb die jederzeitige Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung bei gleichzeitiger Erreichung hoher Produktionsergebnisse möglich ist.

Unter Führung unserer Partei werden wir auch weiterhin um noch höhere Ergebnisse bei der Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung bei gleichzeitiger Erfüllung der in der Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan gestellten ökonomischen Aufgaben.

Mit sozialistischem Gruß

*Lump*  
Träger  
Oberstleutnant des SV

BSiU  
000018

Strafvollzugseinrichtung      06.04.83  
Bitterfeld  
- Der Leiter -

KURZEINSCHÄTZUNG zur Situation in den Chlorbetrieben

Von mir wird führungsmäßig gewährleistet, daß die Anforderungen der ASAO 723/1 inhaltlich durchgesetzt werden. Es erfolgen

- regelmäßige Berichterstattungen durch den Leiter des medizinischen Dienstes
- schwerpunktmäßige und zielgerichtete Kontrollen, besonders in den Betrieben Chlor I und III

Insgesamt wurden im I. Quartal 1983

Januar	Chlor I	5
	Chlor III	19
Februar	Chlor I	11
	Chlor III	18
März	Chlor I	11
	Chlor III	20

Kontrollen durchgeführt.

- die zielgerichtete Gestaltung des Erziehungs- und Bildungsprozesses mit diesen Strafgefangenen durch den Vollzugsdienst sowie das konkrete abstrichlose Fordern der Festlegungen der Vereinbarung zwischen dem Leiter der Strafvollzugseinrichtung, Generaldirektor und Direktor des Betriebsgesundheitswesens des VEB Chemiekombinat Bitterfeld vom 12. 1. 1983.

Grundsätzlich ist gewährleistet, daß nur der Strafgefangene im Chlorbetrieb zum Einsatz kommt, bei dem die Blut- und Urinwerte vorliegen.

Es ist gewährleistet, daß im 4-wöchentlichen Rhythmus alle Strafgefangenen in den Chlorbetrieben einer Blut- und Urinuntersuchung unterzogen werden.

Kurzeinschätzung zur Situation in den Chlorbetrieben durch den Leiter des Strafvollzuges Bitterfeld vom 06.04.83 [43]

BSiU  
000019

Bei erforderlichen Herauslösungen erfolgt weitere Beprobung bis zur Normalisierung der Werte.

Bei der Entlassung erhält jeder Strafgefangene eine Karte, siehe Anlage, für die Nachbetreuung in seinem Heimatort.

Zur strukturellen Zusammensetzung der Strafgefangenen:

gegenwärtige  
Gesamtstärke: 116 Strafgefangene

davon: 82 Strafgefangene erstmalig und  
31 Strafgefangene vorbestraft  
52 Strafgefangene gemäß § 213 verurteilt

erfolgte  
Herauslösungen:

	Januar bis März 1982	Januar bis März 1983
Chlor I	6	2
Chlor III	14	31

Von JANUAR 1982 bis MÄRZ 1983 109 Gesamtherauslösungen, davon 15 Chlor I.

Rund 50 % der Strafgefangenen sind aktiv zur Gestaltung des Erziehungsprozesses mit Übertragung besonderer Aufgaben einbezogen und im Rahmen der Wettbewerbsführung wurde dieses Bereich fast ständig Wettbewerbsieger durch Gewährleistung einer hohen Ordnung und Disziplin.

Im I. Quartal kam es zu insgesamt 14 geringfügigen Verstößen gegen die ASAO wie z. B. ungenügende Körperpflege, wodurch Abzüge von Zulagen verfügt wurden. Wiederholungsverstöße traten grundsätzlich nicht auf.

Zur Kontrolltätigkeit des Leiters medizinische Dienste gehörten im wesentlichen folgende Schwerpunkte:

Chlor I

- Es wird ausreichend Arbeitsschutzkleidung sowie Unterwäsche bereitgestellt.
- Zur Zeit besteht ein Engpaß bei der Bereitstellung von Handtüchern (jeder Strafgefangene ist nur in Besitz von einem Handtuch)



BSU  
000020

- Seife, Zahnpasta, Zahnbürsten und Becher sowie Haarwuschmittel stehen ausreichend zur Verfügung.
- Die Belüftung ist intakt.
- Das Schwarz-Weiß-Prinzip wird strikt durchgesetzt.
- Vor dem Raucherraum im Schmelzsaal fehlt immer noch das 2. Waschbecken für Strafgefangene.
- Blut- und Urinkontrollen werden termingemäß durchgeführt.
- Sichtagitation (Piktogramme) sind vorhanden.
- Die Trennung von Wege- und Freizeitbekleidung ist voll gewährleistet.

#### Chlor III:

- Es ist ausreichend Arbeitsschutzbekleidung und Unterwäsche vorhanden.
- Auch hier besteht ein Engpaß bei der Bereitstellung von Handtüchern (je SG nur ein Handtuch)
- Körperpflegemittel sind ausreichend vorhanden.
- Zwangsbelüftung ist intakt und in Betrieb.
- Es fehlt ein Toilettenbecken in der Montagezone (z. Zt. nicht lieferbar).
- Schwarz-Weiß-Prinzip wird eingehalten.
- Blut- und Urinkontrollen werden termingemäß durchgeführt.
- Sichtagitation (Piktogramme) ist vorhanden.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, daß sowohl von Seiten der Leitung der Strafvollzugseinrichtung als auch von den staatlichen Leitern und Betriebsgesundheitswesen des VEB Chemiekombinat Bitterfeld alle erforderlichen Maßnahmen eingeleitet und durchgesetzt wurden, die eine Gefährdung der Gesundheit nach menschlichen Ermessen ausschalten und Vorkommnisse der Vergangenheit ausgeschlossen werden.

Träger  
Oberstleutnant des SV

VEB  
ZEITUNGSAUSSCHNITTDIENST GLOBUS



11.4.25.83

Frankfurter Allgemeine  
Frankfurt / Main

28.11.83

#### Häftlingsarbeit in Bitterfeld vor Europarat und Bundestag?

BERLIN, 27. März (dpa). Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Kittelmann will Berichte über einen gesundheitsschädlichen Arbeitseinsatz von Häftlingen im DDR-Chemiekombinat Bitterfeld vom Europarat untersuchen lassen. Kittelmann sagte am Samstag, er setze sich ferner dafür ein, daß sich der Bundestag unmittelbar nach seiner Konstituierung mit der Angelegenheit befaßt. Kittelmann (CDU) bezog sich auf unseren Bericht vom Freitag, nachdem in Bitterfeld Strafgefangene in einem Produktionszweig beschäftigt werde, aus dem sie nach einem Einsatz von etwa sieben Monaten wegen schwerer Vergiftungserscheinungen herausgenommen werden müssen. Er bezeichnete es als das besondere Anliegen des Straßburger Gremiums, Menschenrechtsverletzungen aufzugreifen. Die Berichte ehemaliger politischer Gefangenen, nach denen in sogenannten Todeskommandos Strafgefangene unter Mißachtung jeglicher Schutzmaßnahmen Arbeit verrichten müßten, seien empörend. Die DDR solle diese Einsätze sofort einstellen.

687/E25

Artikel aus der FAZ vom 25.03.83, der zwar die Todesfälle nicht benennt, aber auf die Situation im Chemiekombinat Bitterfeld aufmerksam macht [44]

000036  
Kombinatleitstelle

Bitterfeld, den 30.3.1983

VD H 53 - 15/03

Aktennotiz

Am 29. 3. 1983 wurden  
die Genossen

Gen. Schmidt, Mitarbeiter SED-Kreisleitung CEB  
Gen. Major Ehrentraud, StVE Bitterfeld

durch den 2. Sekretär der Kreisleitung, Gen. Frączyk und den Generaldirektor beauftragt, zu einer Konsultation der Genossen Dr. Juschka, Mitarbeiter des Zentralkomitees der Abteilung Grundstoffindustrie, aufzusuchen und eine Einschätzung zu Problemen des Einsatzes von Strafgefangenen in VEB CEB abzugeben.

1. Informationen zu vorgegebenen Fragen

2. Wertlaut der Veröffentlichung in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 25.3.1983

Durch die Objektdienststelle des CEB wurde eine Kopie des Materials zur Verfügung gestellt, die als Anlage beigelegt und nur personengebunden zu verwenden ist.

Anlage

Kombinatleitstelle

Hinweis auf Quelle und Benutzbarkeit einer Kopie eines FAZ-Artikels [45]

090015

"Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 25. 3. 1983

Todeskommando "F" in Bitterfeld

Len. NURNBERG, 24. März. Im VEB-Chemiekombinat Bitterfeld werden Strafgefangene in einem Produktionszweig beschäftigt, aus dem sie schon nach einem Arbeitsmonat von etwa sieben Monaten Dauer wegen schwerer Vergiftungserscheinungen herausgenommen werden müssen. Wie erst jetzt bekanntgeworden ist, berichteten darüber sechs ehemalige DDR-Gefangene, die aus politischen Gründen in der Strafvollzugsanstalt Bitterfeld inhaftiert waren. Ende vergangenes Jahres in Bonn. Sie gehörten zu zwei zum Chemiekombinat abgestellten Außenkommandos, von denen das eine mit der Bezeichnung "Chlor" wegen der ständigen intensiven Einwirkung von Quecksilberhaltigen Dämpfen die höchsten Ansprüche zu verzeichnen hatte. Von der übrigen Belegschaft des Chemiekombinats isoliert gehalten, wurden sie im Drei-Schicht-System an mehrere Meter langen Wannen mit einer erhitzen Quecksilberchlorid-Lösung beschäftigt; es handelte sich vermutlich um Quecksilber-II-chlorid, das zum Beispiel beim Abtrennen von Silber aus der Herstellung von galvanischen Überzügen an Aluminium verwendet wird.

Die Häftlinge der Strafvollzugsanstalt Bitterfeld gehörten der Arbeitsgruppe des "Todeskommando" an. Der Strafvollzugsanstalt unter einer von einer westdeutschen Firma hergestellten Schutzmaske hindert die Verurteilten daran, diese während der ganzen Arbeitszeit zu tragen, offenbar vor allem dann, wenn sie sich über die Wannen beugen. So werden die Schutzmasken häufig lediglich bei sogenannten "Chlorausbrüchen" angelegt, das ist der Fall, wenn die Quecksilberhaltigen Dämpfe die Arbeitsräume in Schwaden durchziehen.

Schon bald nach dem ersten Arbeitsmonat kommt es zu einem Druckgefühl in der Nase, das dann später heftige Schmerzen folgen. Hoher Blutdruck, eine grau-grüne Verfärbung der Haut und Müdigkeit seien, wie es heißt, weitere Krankheitserscheinungen. Mit einem halben Liter Milch am Tag, einer hochwertigen Verpflegung und sechs Freischichten pro Monat läßt sich anscheinend die Zerstörung der Gesundheit nicht aufhalten, auch nicht mit Haftversicherungen und der Möglichkeit, für die im DDR-Strafvollzug außergewöhnlich hohe Entlohnung bis zu 240 DM im Monat zusätzlich Lebensmittel und andere Dinge des persönlichen Bedarfs einkaufen zu können. Mit Beginn der Arbeitsunfähigkeit werden die Verurteilten verlegt. Niemand weiß, wohin, berichteten die früheren Gefangenen.

Ähnlich soll die Lage inner Verurteilten sein, die dem ebenfalls im Chemiekombinat tätigen Außenkommando "PC" angehören. Bei der Herstellung von Kunststoffpulver, mit der die Häftlinge beschäftigt werden, kommt unter anderem Tetrachloräthylen zur Anwendung. Im Verarbeitungsschritt werden besonders giftige Dämpfe freigesetzt, die bei den Verurteilten zu Gleichgewichts- und Gedächtnisstörungen sowie zu Magen- und Darmkrankheiten führen.

Mit dem Arbeitsmonat von Häftlingen unter lebens- und gesundheitsgefährdenden Bedingungen versucht die Verwaltung der Strafvollzugsanstalt Bitterfeld, die DDR-Strafvollzugsanstalt zu den Strafgefangenen sei. Die Verantwortung trägt auch der Arbeitsmonatsbetrieb; dem Strafvollzugsanstalt zufolge hat er für die "Durchsetzung der Bestimmungen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes" zu sorgen. In Paragraph 45 des Gesetzes zur Vermeidung einer "verborgenen Gesundheitsgefahr" die Strafvollzugsanstalt Bitterfeld zentralisierte Staatsverwaltung ihre Aufsichtspflicht. Sie hat auf die "ordnungsgemäße Durchführung des Vollzugs", besonders hinsichtlich der "Einhaltung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften" über den Gesundheits- und Arbeitsschutz, die Unterbringung, Versorgung und medizinische Betreuung der Strafgefangenen zu achten.

„Todeskommando“ in Bitterfeld, Artikel in der FAZ vom 25.03.83 [19]